

# Armut hat viele Gesichter

Politische Forderungen und  
individuelle Hilfen für Betroffene





Foto: Esther Geißlinger

6



Foto: Martin Wisskirchen

26



Foto Paul Louis Wagner / Compact

31

**Editorial**

3

**Thema**

Armut hat viele Gesichter  
Politische Forderungen und  
individuelle Hilfen für Betroffene

„Wir tun nichts gegen die Armut“ 4  
Starke Hilfen unter einem Dach 6  
Suchtkrank und schon lange arbeitslos: Bei der  
gBIG Jungau tun sich neue Perspektiven auf 10  
Ein sicherer Ort, für Menschen,  
die alles verloren haben 13  
Armut bedeutet auch: höhere Krankheitsrisiken  
und geringere Lebenserwartung 15  
Arm durch lebenslange Pflege 16  
Bei der Tafel in Erfurt können Kinder  
bald Geburtstag feiern 18  
Zu den Schulden kommt auch noch die Scham 20  
„Wir brauchen Kontakt mit Deutschen“ 22  
Das H-Team sichert den Zugang zum  
Rechtsstaat auch für arme Menschen 24  
Wachsende Ungleichheit gefährdet  
den sozialen Zusammenhalt 26

**Sozialpolitik**

Gesundheitsförderung muss in den  
Lebenswelten der Menschen gestaltet werden 27  
Aktionen für ein Bundesteilhabegesetz,  
das diesen Namen wirklich verdient 28  
„Eher Ausgrenzung als Integration“ 29  
kurz gemeldet 30  
Broschüre: Besonders schutzbedürftigen  
Flüchtlingsen helfen 30

**Verbandsrundschau**

Hand in Hand gegen Rassismus  
und für Menschenrechte 31  
Forum der Migrantinnen und Migranten  
wählt neuen Sprecherkreis und Doppelspitze 31  
Mitgliedschaft, die sich lohnt 32

was? – wann? – wo? 33

Hören & Sehen 34

Buchtipps | Impressum 35



Professor Dr. Rolf  
Rosenbrock,  
Vorsitzender des  
Paritätischen  
Gesamtverbands

## Liebe Leserinnen und Leser,

Armut hat viele Gesichter: Menschen, die sich nicht einmal die normale Stromversorgung leisten können, die beim Essen sparen müssen oder selbst für wichtige Medikamente kein Geld haben, von einem Cafébesuch mit Freunden oder dem Zoobesuch mit den Kindern ganz zu schweigen.

12,5 Millionen Menschen in Deutschland leben an oder unter der Armutsgrenze. Die Auswirkungen spüren die Betroffenen in allen Bereichen des persönlichen Lebens. Für sie bedeutet arm zu sein nicht nur Ausschluss vom sozialen und kulturellen Leben, sondern hat auch erhebliche gesundheitliche Folgen. Die Lebenserwartung in Deutschland ist zwar seit der Wiedervereinigung im Durchschnitt um fünf Jahre gestiegen, doch die gesundheitliche Chancengleichheit nicht: Menschen in sozial benachteiligten Lebensumständen erkranken beispielsweise zwei- bis dreimal so häufig an Herzinfarkten, Muskel-, Skelett-, Lungen- oder Stoffwechselerkrankungen wie andere, die materiell besser gestellt sind. Schon bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien treten psychisch bedingte Essstörungen häufiger auf als bei anderen Gleichaltrigen. Auch für die seelische Gesundheit bleibt Armut nicht folgen-

los. Kennzeichnet die prekäre Lage das Leben über eine längere Phase, führt dies bei den Menschen zum Gefühl, an den eigenen Lebensumständen ja doch nichts verändern zu können. In der Folge sinken ihr Selbstwert- und ihr Selbstwirksamkeitsgefühl. Oftmals hindern Scham und Angst Betroffene daran, ihre Situation anderen Menschen zu offenbaren oder gesetzlich zustehende Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Während beim Paritätischen Armutsbericht, dem Jahresgutachten des Gesamtverbands zur sozialen Lage in Deutschland und dem Armutskongress Fachbeiträge dominieren, geht es in dieser Ausgabe des Verbandsmagazins darum, zu zeigen, wie sich Armut konkret auf die Betroffenen auswirkt und was der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen über die politische Arbeit hinaus tun, um Menschen in Armut zu unterstützen und ihre Lage zu verbessern. Beispielhaft stellen die Reportagen das vielfältige Engagement unter dem Dach des Paritätischen vor, das von der Sozial- und Schuldnerberatung über Alltagshilfen für Familien bis zu den Angeboten der Tafeln reicht. Gleichzeitig zeigen die Texte auch das Engagement Betroffe-

ner, selbst aktiv zu werden und sich für eine Besserung ihrer Lebenssituation einzusetzen.

Armut trifft jedoch nicht nur den Einzelnen, sie birgt auch gesamtgesellschaftliche Gefahren. Sozial bedingt ungleich verteilte Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe, Partizipation am Wohlstand und Sicherheit im eigenen Leben gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördert soziale Konflikte.

Unsere Gesellschaft darf von Armut betroffene Menschen nicht ausgrenzen. Eine starke Gesellschaft ist eine solche, die soziale Ungleichheiten vermindert und allen eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben ermöglicht. Die im Paritätischen engagierten Mitgliedsorganisationen und Einrichtungen arbeiten täglich dafür.

Herzlich Ihr  
Rolf Rosenbrock

# „Wir tun nichts gegen die Armut“

Über fünf Billionen Euro beträgt das Geldvermögen privater Haushalte in Deutschland. Mehr als 63 Prozent davon gehören den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung. Was die Einkommen angeht, gelten in Deutschland 15 Prozent als arm. Wenn man wirklich etwas tun wolle gegen die Armut in Deutschland, komme man nicht umhin, auch die Verteilungsfrage zu stellen, stellte der Paritätische Gesamtverband schon vor einigen Jahren fest. Dazu ein Interview mit Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider.

Herr Schneider, stört es Sie eigentlich, wenn Menschen, die arm sind, als „sozial schwach“ bezeichnet werden? Das ist ja selbst im Bereich der freien Wohlfahrtspflege gar nicht so selten der Fall.

Dr. Ulrich Schneider: Mit Sprache wird immer auch Meinung gebildet. Wir sollten sehr pfleglich damit umgehen. Für mich ist der Begriff stigmatisierend. Arme Menschen sind nicht sozial schwach, sondern vielfach ungeheuer stark. Wenn beispielsweise eine alleinerziehende Mutter mit ein oder zwei kleinen Kindern Teilzeit arbeiten geht, trotzdem mit Hartz IV aufstocken muss und kaum über die Runden kommt, dann verlangt das eine ungeheure Stärke, große Selbstdisziplin. Der Alltag wird zur täglichen Herausforderung, die bewältigt werden muss. Da kann ich nicht sagen „sozial schwach“, da kann ich nur sagen „Hut ab. Mein tiefster Respekt vor so viel Stärke“. Nicht alle Armen sind Helden. Es gibt auch schwache arme Menschen, aber niemals sozial schwache. Es scheint mir auch in anderer Hinsicht angebracht, diesen Begriff, kritisch zu hinterfragen. Denn in gewisser Weise meint er ja, dass die Betroffenen selbst für ihre missliche Lage verantwortlich sind, schuld daran sind, was in den allermeisten Fällen, wenn wir beispielsweise in die Schuldenstatistik schauen, einfach nicht der Fall ist.

Schließlich frage ich mich, wie Kinder, denen man immer wieder den Stempel „sozial schwach“ aufdrückt, weil ihre Eltern beispielsweise langzeitarbeitslos sind, so selbstbewusst und optimistisch

werden sollen, dass sie Lust auf Bildung und Zukunft bekommen?

Um das zu erkennen, braucht man aber ein gewisses Maß an Empathie. Vermissen Sie diese angesichts der Debatte, die ja voriges Jahr sehr vehement um den Unterschied zwischen relativer und absoluter Armut in den Medien geführt wurde, nachdem der Paritätische seinen Armutsbericht vorgelegt hatte?

In einer reichen Gesellschaft wie der unsrigen gibt es große Widerstände, gegen die wir die Legitimität eines Armutsbegriffs, der sich nicht auf pures Elend beschränkt, immer wieder unter Beweis stellen müssen. Wer Armut in Deutschland reduzieren will auf Menschen, die Pfandflaschen sammeln oder unter Brücken schlafen müssen, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, Armut in ihrem Ausmaß zu verniedlichen und wegdefinieren zu wollen. Aus den Beweggründen wird ja auch häufig gar kein Hehl gemacht. Es geht um die Frage der Verteilungsgerechtigkeit und notwendiger Umverteilung zur Bekämpfung der Armut, die vermieden werden soll.

## Wann beginnt denn Armut?

Der Paritätische folgt in seiner Armutsdefinition der EU-Konvention, wonach Armut nicht erst dann gegeben ist, wenn jemand existenzielle Bedürfnisse wie nach Nahrung, Wohnen oder Kleidung nicht mehr gestillt bekommt, sondern dann, wenn jemand über so wenig Einkommen verfügt, dass er am ganz normalen gesellschaftlichen Leben des

Landes, in dem er lebt, nicht mehr teilhaben kann, wenn er faktisch abhängig und ausgegrenzt wird. Diese Armut ist nicht so offensichtlich im Stadtbild wie etwa Bettelei oder Obdachlosigkeit. Sie ist viel versteckter und verschämter, doch kann man sie sehen, wenn man sie sehen will; wenn jemand seinen Job verliert und plötzlich seine Kinder vom Klavierunterricht oder aus dem Sportverein abmelden muss, wenn er plötzlich nicht mehr zum gelegentlichen Feierabendbier mitkommt und auch der gelegentliche Besuch eines Kinos oder eines Theaters mit Freunden plötzlich flachfällt. Wenn der Computer zu Hause nicht mehr repariert werden kann, obwohl ihn die Kinder für die Schule eigentlich dringend bräuchten, und vieles andere mehr. Und wenn die Kinder dennoch das Abi geschafft haben, kann man sich nicht einmal die teuren Eintrittskarten für den Abi-Ball leisten. Man gehört bei vielen Dingen einfach nicht mehr dazu.

Es gibt in der Tat viele Menschen, die sich zurückziehen, weil sie sich ihrer Armut schämen. Viele alte Menschen beispielsweise, die es als große Schmach empfinden, nach einem arbeitsreichen Leben selbst auf allerbescheidenstem Niveau mit ihrer Rente kaum über die Runden zu kommen. Sie sparen am Essen, am Strom, an der Heizung, an der Kleidung sowieso, oft auch an Medikamenten und haben richtiggehend Angst vor steigenden Strompreisen und steigenden Mieten, weil sie vielleicht irgendwann die Wohnung nicht mehr halten können, in dem Viertel, in dem sie doch schon seit Jahren oder sogar Jahrzehnten leben. Ich finde, ein alter Mensch, der

Dr. Ulrich Schneider ist seit 1999 Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands und Autor mehrerer Bücher zum Thema Armut.



nicht mal gelegentlich in ein Café gehen und einen Kaffee trinken und ein Stückchen Kuchen essen kann, ist arm in dieser reichen Gesellschaft.

**Kann man diese Armut mit einem Armutsbericht greifbar machen?**

Wir haben aus der Debatte des vorigen Jahres um die Definition von Armut gelernt, wie wichtig es ist, die Lebenssituationen zu verdeutlichen, die sich hinter spröden statistischen Daten verbergen. Wenn man sich, wie der Paritätische, seit nunmehr 27 Jahren intensiv mit Fragen der Armutsforschung und Armutsberichterstattung beschäftigt, erscheint einem manches irgendwann als selbstverständlich und allgemein bekannt, was es jedoch nicht ist. Darum ist unser Armutsbericht dieses Jahr ganz anders geworden als in den Vorjahren: sehr viel detaillierter und umfangreicher. Wir geben viele Erläuterungen und Hintergrundinformationen zur Armutsdefinition und zu Fragen wie: Warum sind so viele Alleinerziehende arm?. Wie steht es um Gruppen, die von der gängigen Armutsstatistik überhaupt nicht erfasst werden, wie zum Beispiel Flüchtlinge oder obdachlose Menschen? Es ist uns damit gelungen, dem Begriff der relativen Armut in der öffentlichen und politischen Debatte wieder seine etablierte Stellung zurückzugeben.

Wir haben den Armutsbericht diesmal auch zusammen mit einigen anderen Verbänden herausgegeben, die sehr dicht an den betroffenen Menschen dran sind und ihr jeweiliges spezielles Know-how eingebracht haben – der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen, die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie, der Deutsche Kinderschutzbund und das Deutsche Kinderhilfswerk, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter und die Volkssolidarität. Auch Pro Asyl hat uns

unterstützt. All diese Organisationen und andere Organisationen und sogar den Deutschen Gewerkschaftsbund haben wir auch als Mitveranstalter des ersten armutspolitischen Hauptstadtkongresses im Juli gewinnen können.

**Sowohl der Armutsbericht als auch der Armutskongress zeigen beziehungsweise haben gezeigt: Armut hat viele Gesichter, viele Gründe und Ursachen, aber sie ist kein Naturereignis, gegen das man nichts machen kann. Der Paritätische fordert seit Jahren wirksame Schritte zur Armutsbekämpfung, und doch tut sich politisch wenig.**

Eine kraftvolle, offensive Sozialpolitik gegen Armut und Ausgrenzung ist in der Tat nicht zu erkennen. Aber kurioserweise haben die Flüchtlinge, die zu uns gekommen sind, offenbar dafür gesorgt, dass zumindest einige soziale Probleme und politische Unterlassungen endlich wahrgenommen werden, so auf dem wichtigen Feld der Wohnungspolitik. Es geht ja nicht nur um Wohnungen für Flüchtlinge. Wir brauchen deutlich mehr Sozialwohnungen für Haushalte mit geringem Einkommen, als Bund und Länder schaffen. Das ist in Fachkreisen seit Jahren bekannt gewesen. Nun plopt es hoch. Dasselbe gilt für die Arbeitsmarktpolitik. Wenn man wirklich eine integrative Arbeitsmarktpolitik für alle Menschen machen will, die schwer vermittelbar sind – egal ob Flüchtlinge oder Langzeitarbeitslose –, dann muss man in ganz anderen Dimensionen an-

setzen als derzeit. Dann muss man nach Auffassung des Paritätischen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor schaffen, der den Bedürfnissen und Bedarfen der Langzeitarbeitslosen wirklich gerecht wird.

Und es geht auch nicht nur um inklusive Bildung und Teilhabe für Flüchtlinge, sondern auch um inklusive Bildung und Teilhabe für Kinder aus anderen Migrantenfamilien, für Kinder mit Behinderung oder Kinder, die von Haus aus einfach schlechtere Karten mitbringen.

**Da kommt dann gleich wieder die Finanzierungsfrage.**

Deutschland ist das Land mit der viertgrößten Wirtschaftskraft weltweit. Und Deutschland wird als Ganzes reicher und reicher. Allein über fünf Billionen Geldvermögen befinden sich bei den privaten Haushalten. Bekanntermaßen ist das Vermögen nur sehr ungleich verteilt. Wir könnten die Armut in unserem Land bekämpfen, ohne dass auch nur irgendjemand in seinem Alltag oder in seiner Lebensführung auf irgendetwas – außer vielleicht extremen Luxus – verzichten müsste. Mit der Erhebung einer Steuer auf sehr hohe Vermögen, wie sie der Verbandsrat des Paritätischen fordert, einer stärkeren Besteuerung sehr hoher Einkommen sowie einer Erbschaftsteuer, die diesen Namen tatsächlich verdient, hätten wir die Instrumente dazu. Es ist eine Frage des politischen Willens. UB

Während die Kleinen im Bällebad spielen, tauschen die Eltern sich in der Caférunde im Kinder- und Familienzentrum Lurup aus.



## Starke Hilfen unter einem Dach

Besuch im Kinder- und Familienzentrum Lurup

In Deutschland wachsen rund 2,7 Millionen Kinder und Jugendliche in von Armut betroffenen Familien auf – etwa jedes fünfte fünfte Kind. Im dicht besiedelten Stadtteil Lurup im Nordwesten Hamburgs ist der Anteil deutlich höher. Dort leben überdurchschnittlich viele Bezieher von Niedriglöhnen, Alleinerziehende mit ihren Kindern und Menschen mit Migrationshintergrund. Das Kinder- und Familienzentrum des Deutschen Kinderschutzbunds ist eine wichtige Anlaufstelle für Familien in belasteten Lebensumständen und engagiert sich dafür, die Entwicklungs- und Teilhabechancen der Kinder zu verbessern.

Auf der Spielmatte dreht sich Sophie\* auf den Bauch und lacht die großen und kleinen Menschen in der Runde an. Mit ihren sechs Monaten ist sie ein fröhliches, lebhaftes Kleinkind, dennoch schaut ihre Mutter Daniela ein wenig neidisch auf Nancy: Die Tochter von Sabrina zieht sich bereits eigenständig hoch und läuft tapsig, aber sicher. „Keine Sorge“, beruhigt Silke Wötzke, Kinderkrankenschwester mit einer Zusatzausbildung für Familien- und Ge-

sundheitshilfe. „Jedes Kind hat sein eigenes Tempo.“

Ist alles normal mit meinem Kind? Warum schreit es, was soll es essen, wie Sorge ich dafür, dass es einschläft? Aber natürlich auch: Wie bekomme ich das Leben mit Baby in den Griff, wie regle ich den Alltag? Viele Fragen beschäftigen die Eltern – vor allem sind es die Mütter –, die mit ihren Töchtern und Söhnen ins „Kinder- und Familienzentrum“ im Hamburger Stadtteil Lurup kommen. Das KiFaZ

wurde vor rund 20 Jahren gegründet, im Zuge einer Veränderung in der Hilfe für Familien: „Damals wurde ein großes Kinderheim am Stadtrand geschlossen, und mit dem eingesparten Geld baute Hamburg in allen Stadtteilen solche Familienzentren auf“, sagt Stefanie Neveling, Leiterin des Luruper KiFaZ. Das Haus bietet Gruppen und Treffs für alle Altersstu-

\* Namen von Kindern und Müttern geändert

fen an, von der Säuglingsgruppe über den „Zwergentreff“ für die Krabbelkinder bis hin zu offenen Angeboten für Schulkinder.

„Flüsseviertel“ lautet der Sammelbegriff für die umliegenden Straßen, schließlich sind sie nach Oder, Spree oder Peene benannt. Doch die meisten der Schulkinder, die in den beige- oder orangefarbenen Wohnblocks leben, haben bisher kaum einen dieser Flüsse, geschweige denn etwas von der Welt gesehen. Stefanie Neveling ist es daher wichtig, den Mädchen und Jungen einen Blick nach draußen zu bieten – raus aus dem Alltag, raus aus dem Viertel. Doch die Vorbedingung dafür ist, dass Eltern und Kinder erst einmal den Weg ins KiFaZ finden. Das funktioniert inzwischen vor allem durch Mundpropaganda, berichten auch Sabrina und Daniela, die regelmäßig ins KiFaZ kommen.

#### Um einen gedeckten Tisch herum redet es sich leichter

So gut wie immer gibt es hier auch etwas zu essen: Frühstück am Mittwoch, Kaffeetrinken am Donnerstag und den „aktiven Feierabend mit Abendbrot“ am Montag. „Essen ist wichtig“, sagt Neveling. Das hat ein bisschen damit zu tun, dass viele Familien nicht üppig mit Geld ausgestattet sind und das KiFaZ für die Mahlzeiten nur einen geringen Kostenbeitrag verlangt. Noch wichtiger aber sind die sozialen Aspekte: Um einen gedeckten Tisch herum redet es sich leichter, auch lernen die Eltern in der gemeinsamen Runde von- und miteinander, beispielsweise über Erziehungsfragen. Und noch etwas ist wichtig: Viele der teilweise noch sehr jungen Mütter haben wenig Erfahrung mit Lebensmitteln, sondern glauben den Werbebotschaften, dass der Joghurt im bunten Becher gesund oder die gefüllte Schokolade ein wertvoller Energiespender sei. „Wir kochen darum oft“, berichtet Kinderkrankenschwester Silke Wötzke. „Die Frauen sollen jedenfalls wissen, wie man Babybrei selbst macht, statt komplett auf die gekauften Gläschen angewiesen zu sein.“

So sitzen Daniela, Sabrina und Heike, deren Zwillinge bereits im Kita-Alter sind, mit Wötzke an einem reich gedeckten Frühstückstisch und plaudern, während die Kinder mit großen Augen zuschauen. Daniela erzählt von ihrem älteren Sohn, der bereits in die Kita geht. Das Leben mit zwei kleinen Kindern sei „schon eine Herausforderung“, sagt die 23-Jährige und tastet in Sophies Mund nach dem ersten Zahn, der immer noch nicht herauskommen will.

#### Kind und Arbeit – nicht leicht zu vereinbaren

„Lass lieber andere gucken“, rät Sabrina. „Wer den Zahn als Erste sieht, muss fünf Euro zahlen.“ Schlagfertig schiebt Daniela das Kind der anderen

Hilfe bei solchen Fragen bekommen Eltern von Heide Pfister, einer der Sozialpädagoginnen im KiFaZ-Team. Sie hat sich auf Anträge zu Wohn- und Kindergeld spezialisiert, denn viele der Familien benötigen Unterstützung, um die Mittel zu erhalten, die ihnen eigentlich zustehen. Es geht um Job-Suche, Ärger mit dem Jobcenter, aber auch um die Frage, wie eine Bewerbung aussehen muss. „Die Frauen haben oft keine gute Ausbildung oder gar keinen Abschluss, weil sie wegen der Kinder aufgehört haben“, sagt Stefanie Neveling. Sie ist froh darüber, die entsprechende Beratung unter dem Dach des KiFaZ selbst anbieten zu können: „Darauf hinzuweisen, dass es Beratungsstellen gibt, reicht nicht. Die Frauen kommen dort oft nicht an.“

„Das Gefühl von Ohnmacht hat viel mit der bisherigen Lebenserfahrung zu tun“

Frau zu: „Na, dann darfst du ab jetzt immer nachschauen.“ Sabrina lacht: Mal eben fünf Euro zu zahlen, fiel ihr nicht leicht. Zurzeit lebt sie von Hartz IV. Zum Herbst will sie ihre Tochter in eine Kita schicken und, wenn die Probezeit gut verläuft, wieder arbeiten. Ganz einfach wird das nicht, das weiß sie schon heute. Denn ihr Arbeitstag beginnt um sechs Uhr morgens und dauert bis zum Nachmittag. Sabrina arbeitet als Busfahrerin für eine Einrichtung für Menschen mit Behinderung, und die müssen zur Schule oder in die Werkstätten gebracht werden – also darf die Frau mit den Igelstachelkurzen Haaren nicht zu spät kommen. Die Kita bietet sogar so frühe Öffnungszeiten, auch am Nachmittag gibt es Betreuung für die Kleinen, aber Sabrina zweifelt, ob das gut ist: „Von sechs bis 18 Uhr will ich meine Kleine wirklich nicht in der Kita lassen.“ Also vielleicht doch lieber weniger arbeiten? Aber wird dann das Geld für die Familie reichen?

Das Angebot des KiFaZ richtet sich an „Mütter und Väter in belastenden Lebenslagen“, so heißt es in einer Selbstbeschreibung des Hauses. >>



Stefanie Neveling, Leiterin des Luruper KiFaZ



Lieder, Singspiele und Krabbelübungen sind wichtig für die Entwicklung der Motorik.

Wenig Geld zu haben, ist ein Belastungsfaktor – aber längst nicht der einzige oder der entscheidende. „Die Mütter trauen sich vielfach zu wenig zu oder sind überfordert“, sagt Stefanie Neveling. Dieses Gefühl von Ohnmacht hat viel mit der bisherigen Lebenserfahrung zu tun, mit dem Vorbild der eigenen Eltern und Nachbarn, aber auch mit Umständen, die als unlösbar erlebt werden. So geht es einer Familie mit türkischen Wurzeln, von der Neveling berichtet: Die Eltern wohnen seit Jahren in Hamburg, der Vater hat gute Arbeit – aber die Sehnsucht nach der alten Heimat ist geblieben. Diese Zerrissenheit spüren die Kinder, vor allem der Sohn, der mit Aggressionen reagiert. Die Mutter ist überfordert, der Vater zieht sich zurück, die kleine Schwester leidet: „Eine schwierige Situation, darum begleiten wir die Familie eng.“

#### Gemeinsames Tun schafft Erfolgserlebnisse

In der Arbeit des KiFaZ-Teams steht seit einigen Jahren im Mittelpunkt, die Eltern und Kinder gemeinsam etwas tun zu lassen: „Früher gab es viele Angebote, bei denen wir etwas or-

ganisiert und es den Eltern sehr bequem gemacht haben – beispielsweise das Café, in dem die Mütter sitzen und schnacken können und die Kinder laufen lassen“, sagt Neveling. „Heute geht es ums Mitmachen, miteinander machen.“ Das stärkt die Bindung zwischen Eltern und Kind, sorgt aber auch für Erfolgserlebnisse, wenn die

Mütter sehen, dass ein von ihnen gekochtes Essen allen schmeckt oder ein gebastelter Drache aufsteigt. „Es mag niedlich klingen, was wir hier tun“, sagt die Diplom-Sozialarbeiterin. „Aber niedrigschwellige Angebote wie Singkreis, Bastelstunde, Weihnachtsfeier oder Kuchen backen haben einen klaren fachlichen Sinn.“

#### Von früher Hilfe bis zum Mädchentreff

Unter dem Dach des KiFaZ arbeiten zwei Teams in enger Abstimmung: Es gibt die frühen Hilfen mit Schwangerschaftsberatung und Familienhebammen, die Frauen nach der Geburt zu Hause besuchen. Und es gibt die Angebote im Treff, die sich an alle Altersgruppen richten – vom Baby bis zu Jugendlichen im Mädchentreff. „Starke Hilfe unter einem Dach“ lautet das Motto – das Luruper KiFaZ ist nach den Richtlinien des „Blauen Elefanten“ zertifiziert (siehe unten stehenden Kasten). Im Bewegungsraum neben dem Frühstückscafé werden die Kleinkinder unruhig und quengelig. Silke Wötzke stimmt ein abschließendes Lied an, dann ziehen die Mütter ihre Kleinen an, helfen beim Tisch abräumen und machen sich bereit zu gehen. Noch an der Tür verabreden sie das nächste Wiedersehen: in zwei Tagen, im KiFaZ, natürlich mit gemeinsamem Essen.

Text und Fotos: Esther Geißlinger

## Ausgezeichnet mit dem Blauen Elefanten

Der Blaue Elefant wird vom Deutschen Kinderschutzbund an eigene Einrichtungen vergeben. Das Logo ist ein Qualitätssiegel, für dessen Erhalt die Kinderhäuser eine Reihe von Kriterien erfüllen müssen. Im Mittelpunkt steht ein einheitliches Konzept auf der Basis von Richtlinien des Kinderschutzbundes. Zudem muss ein Kinderhaus, das den Blauen Elefanten führen will, mehrere Angebote unter einem Dach vereinen. Das Personalteam muss eine bestimmte Größe und vor allem eine festgelegte fachliche Qualifikation nachweisen. Neben der Arbeit für und mit Familien gehört Lobbyarbeit für Kinderrechte zu den Aufgaben der Kinderhäuser.

Das KiFaZ Lurup ist die einzige Einrichtung in Hamburg mit dem Elefanten-Siegel. Bundesweit gibt es rund 30 dieser Häuser. Der Schwerpunkt liegt in Norddeutschland, vor allem in Schleswig-Holstein, wo acht Blaue Elefanten vergeben wurden. Im Norden wurde das Konzept auch entwickelt: Das erste Haus dieser Art eröffnete 1996 in Bargtheide.

Kontakt:

Kinder- und Familienzentrum Lurup  
22547 Hamburg  
Tel.: 040/8400970  
E-Mail: kifaz.lurup@kinderschutzbund-hamburg.de  
<http://kinderschutzbund-hamburg.de/kifaz-lurup.html>

# Mit wenigen Klicks die passende Förderung finden

Bis zu  
**300.000  
EURO**  
Fördersumme

Sie suchen eine finanzielle Unterstützung für Ihr Projekt?  
Mit dem Aktion Mensch-Förderfinder finden Sie schnell und unkompliziert  
das passende Angebot. [www.aktion-mensch.de/foerderfinder](http://www.aktion-mensch.de/foerderfinder)



**DAS WIR GEWINNT**

**AKTION  
MENSCH**

# Suchtkrank und schon lange arbeitslos: Bei der gBIG Jungnau tun sich neue Perspektiven auf

Psychisch kranke und suchtkranke Menschen haben aufgrund ihrer belastenden Lebensumstände ein großes Risiko, langzeitarbeitslos zu werden und zählen zu den besonders von Armut und Exklusion betroffenen Gruppen. Die gemeinnützige Beschäftigungs- und Integrationsgesellschaft mbH in Sigmaringen-Jungnau hat sich darauf spezialisiert, vor allem suchtkranken Langzeitarbeitslosen den (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen.

**B**jörn Horch hat es geschafft: Seit einem Jahr ist der 35-Jährige in fester Anstellung bei der gBIG Jungnau in Sigmaringen beschäftigt – als angelernter Siebdrucker in einem aufstrebenden Montage- und Produktionsbetrieb. Ein langer, harter Weg liegt hinter ihm: viele Jahre der Sucht, abgebrochene Ausbildungen, Langzeittherapie, schließlich die Entgiftung. Zäh hat er am Aufbau einer neuen Lebensperspektive gearbeitet; bewusst ist er dann im Umfeld anderer Suchtkranker geblieben, denn ihnen kann er nun ein ermutigendes Beispiel geben. Und, mehr noch: „Ich gewöhne mich nicht so schnell an eine ‚Normalität‘, um die ich auch in Zukunft immer wieder kämpfen muss.“

Der Mann, der so offen von seinem Werdegang erzählt, hat sich viele Gedanken gemacht. Und schwierige Entscheidungen gefällt: zum Beispiel die konsequente Abkehr von seinem früheren Lebens- und Freundeskreis. Diese Heimat war neun Jahre lang mit harten Drogen und mit exzessivem Alkoholkonsum verknüpft – und mit dem wachsenden Gefühl des Scheiterns, auf allen Ebenen. Beruflich war



Ansprechpartner für die aktuellen Projekte der gBIG Jungnau ist Joachim Keller; er pflegt unter anderem auch den Kontakt zu Kooperationspartnern wie Jobcenter oder Suchtberatung.



In der Siebdruckerei der gBIG bedruckt Björn Horch gerade Motor-Dichtungen. Drogen und Alkohol gehören der Vergangenheit an. Er hat wieder Kontakt zu seinem Sohn und dessen Mutter und auch im Arbeitsleben Fuß gefasst.

bestenfalls ein Gelegenheitsjob auf dem Bau drin, privat zerbrach eine Beziehung, aus der ein Sohn hervorging. Für Björn Horch war es daher ein Glücksfall, dass ihn das Krankenhaus, in dem er sich entgiften ließ, kurzfristig zur gBIG Jungnau vermittelte – einer gemeinnützigen Einrichtung in Sigmaringen, die sozial benachteiligten Menschen zur (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt verhelfen kann. Diese Chance wollte Björn Horch auch ergreifen, und er tat es mit beeindruckender Zielstrebigkeit und Motivation.

#### **Für den Markt breit aufgestellt**

In einer achtwöchigen „Abklärungsphase“ stellte er zunächst seine Arbeitsfähigkeit und -bereitschaft unter Beweis, weitere sechs Monate verbrachte er mit Praktika und der Qualifizierung zum Siebdrucker. Nur ein Jahr nach seiner erfolgreichen Entgiftung war es so weit: Björn Horch erhielt im April 2015 bei der gBIG die Festeinstellung. Inzwischen darf er sich sogar „Abteilungsleiter“ nennen – auch wenn es sich bis auf Weiteres nur um eine Ein-Mann-Abteilung handelt. Die Siebdruckerei ist nur ein kleinerer Tätig-

keitsbereich der gBIG Jungnau, die sich für den Markt recht breit aufgestellt hat: Neben einer Möbelschreinerei bietet das gemeinnützige Unternehmen auch Montagearbeiten, Verpackung, Hausentrümpelung, Umzüge und zum Beispiel kleinere Holzbaumaßnahmen an. Ausgebildet, umgeschult oder beschäftigt werden ausschließlich sozial benachteiligte Menschen, die es zum Beispiel durch Suchtkrankheit und Langzeitarbeitslosigkeit extrem schwer haben, einen Arbeitsplatz zu finden. Die im Sigmaringer Ortsteil Jungnau angesiedelte gBIG engagiert sich seit 20 Jahren für diese Zielgruppe – mit sichtbarem Erfolg. In enger Kooperation mit der örtlichen Suchtberatungsstelle und dem Jobcenter sind Projekte für die berufliche Wiedereingliederung angestoßen und realisiert worden. Aufgrund der befristeten Finanzierung sind sie in der Regel auf ein bis zwei Jahre ausgelegt.

Beim jüngsten Projekt, das „Su+Ber“ genannt wird (Sucht und Beruf), sind für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer drei Phasen vorgesehen: acht Wochen für Vorbereitung und Hilfeplanung, danach sechs bis acht Monate

für Beschäftigung und Qualifizierung und schließlich die Sicherung der beruflichen Integration durch sogenannte „assistierte Beschäftigung“, die bis zu zwölf Monate dauern kann.

#### **Motivierte Teilnahme öffnet Türen**

Natürlich läuft nicht immer alles so rund wie bei Björn Horch. In einer Bilanz für das Jahr 2015 nennt gBIG-Geschäftsführer Burkhard Gerneth einige typische Hindernisse für eine erfolgreiche Teilnahme am Projekt: körperliche Einschränkungen und psychische Belastungen stehen oft im Vordergrund, dann gibt es auch „Rückfälle, die eine Aufnahme im Projekt weit nach hinten verzögern“. Dennoch habe auch das Jahr 2015 wieder deutlich gezeigt, dass „diejenigen, die motiviert und engagiert am Projekt Su+Ber teilnehmen, Ziele verfolgen und sich aktiv in den Prozess einbringen, gute Chancen haben, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden.“ In erster Linie können die Teilnehmer neuen Lebensmut und Selbstvertrauen finden.

In Zahlen ausgedrückt, liest sich die Jahresbilanz 2015 so: Von 20 zugewiesenen Projektteilnehmenden konnte etwa >>

jede/r Dritte in eine feste Arbeitsstelle oder eine weitere Maßnahme vermittelt werden. Bei sieben Teilnehmenden wurde festgestellt, dass sich deren Beschäftigungsfähigkeit deutlich verbessert hat. Durch enge Vernetzung mit der regionalen Wirtschaft kann die gBIG Jungnau ihre Projektteilnehmer zu Praktika beziehungsweise festen Anstellungen bei anderen Betrieben vermitteln; sie selbst kann ebenfalls eine begrenzte Zahl von Arbeitsplätzen anbieten – vor allem im Möbelbau, der zu einem Schwerpunkt des Betriebs geworden ist. So hat sich die gBIG Jungnau ein hohes Ansehen als Hersteller von Massivholz-Möbeln erwerben können: Stühle, Schreibtische und Schränke gehören ebenso zum Programm wie komplette

Jugendzimmer, die zum Beispiel für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe angefertigt wurden. Viele Mitgliedsorganisationen des Paritätischen zählen zur Kundschaft, aber auch Privatkunden können jederzeit Bestellungen für ein einzelnes Bett, eine Vitrine oder andere Kreationen aus Holz aufgeben. „Wir produzieren passgenau, was die Einrichtungen und Einzelpersonen benötigen“, sagt Burkhard Gerneth. In der großzügig ausgestatteten Montagehalle der gBIG sind viele Arbeiten denk- und machbar.

### Eine sinnvolle Arbeit stärkt das Selbstwertgefühl

Das Know-how für hochwertige Möbel hat unter anderem der Geschäftsfüh-

rer der gBIG Jungnau mitgebracht: Burkhard Gerneth (55) ist selbst von Haus aus Schreinermeister; viel praktische Erfahrung hat auch Knut Rankl, der in der Schreinerei als Anleiter tätig ist. Und die Beschäftigten wissen es zu schätzen, dass sie ihre Arbeitskraft in die Produktion sinnvoller Dinge und Dienstleistungen stecken. „Arbeit zu haben, bedeutet Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen, es bedeutet dazugehören“, sagt Gerneth. „Eigenes Geld zu verdienen, stärkt das Selbstwertgefühl und bildet die materielle Grundlage für ein selbstbestimmtes, unabhängiges und eigenverantwortliches Leben.“

Text und Fotos:  
Peter Birkenmaier



gBIG-Geschäftsführer Burkhard Gerneth mit einem schmunke Massivholz-Schreibtisch.

Das Projekt Su+Ber (Sucht und Beruf) ist ein Integrationsprojekt der Werkstatt PARITÄT in Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der gBIG Jungnau, der Suchtberatung Sigmaringen und dem Jobcenter Sigmaringen, gefördert durch das Jobcenter

Sigmaringen und den Europäischen Sozialfonds. Erprobt wird dabei, wie Maßnahmen der Arbeitsförderung, der Suchtrehabilitation und der Suchthilfe in einer Gesamtmaßnahme wirksam verknüpft werden können. Arbeitslose suchtkranke oder

suchtgefährdete Personen sollen den Übergang in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis, in Ausbildung oder Berufsvorbereitung schaffen. Dabei werden sie vom Team der gBIG Jungnau und der Suchtberatungsstelle Sigmaringen unterstützt.

Kontakt:  
gBIG Jungnau – gemeinnützige Beschäftigungs- und Integrationsgesellschaft mbH  
72488 Sigmaringen  
Tel.: 07577/9191  
E-Mail: info@gbigjungnau.de  
www.gbigjungnau.de

Zum Abschiedsfrühstück für Alexander Sonnabend (stehend) sind viele ehemalige obdachlose Klienten der Sozialberatung Dreieich gekommen.

Foto: Bernd Kleiner



## Ein sicherer Ort für Menschen, die alles verloren haben

Zwischen den nüchternen Zweckbauten eines Gewerbegebietes steckt ein Ort des Willkommens: Für wohnungslose Menschen aus dem Kreis Offenbach bei Frankfurt am Main und darüber hinaus ist die Sozialberatung Dreieich, getragen von der Paritätischen Projekte gGmbH, ein schützender Hafen. Sie steuern ihn an für eine Mahlzeit, neue Kleider, aber auch für Hilfe, um aus ihrem bisherigen Leben auszusteigen.

Das Sozialkaufhaus im Dreieicher Gewerbegebiet ist so etwas wie ein kleiner Markt der Möglichkeiten: Menschen, die auf den Cent schauen müssen, finden in dieser Einrichtung der Sozialberatung Dreieich für einen geringen Preis etwas zum Anziehen, Kinderspielzeug, einen Tisch oder Geschirr. Menschen wie Lutz Lukat hingegen finden hier eine Beschäftigung, die ihre Chance auf einen Job im ersten Arbeitsmarkt erhöht. Der 52-Jährige gehört zwar nicht zu den Wohnungslosen, um die sich die Sozialberatung Dreieich überwiegend kümmert. Aber sein Lebensverlauf wies

in diese Richtung, wie er erzählt: abgebrochenes Studium, Getränkemarkt, Blechbearbeitung und den letzten Job wegen eines Alkoholproblems verloren. Für Lutz Lukat ging es abwärts. Aber er zog die Notbremse: „Ich wollte nicht auf der Straße landen.“ Lukat fand eine Unterkunft in einem Wohnheim und hätte über „eine Maßnahme“ als Friedhofsgärtner arbeiten können: „Aber da haben meine Bandscheiben nicht mitgemacht.“ Nächste Station war die Sozialberatung Dreieich, getragen von der Paritätische Projekte gGmbH, einer Tochter des Paritätischen Hessen. Deren Qualifizierungsange-

bot „Arbeitsgelegenheiten im Sozialkaufhaus Dreieich“ eröffnet Lutz Lukat eine neue Perspektive. Er ist dort im Möbelbereich beschäftigt: „Verkauf und Telefondienst.“ Nach den vielen krisenhaften Jahren schaut er jetzt wieder nach vorne. Die meisten Klienten, um die sich Maria Holzenthal und das Team der Sozialberatung kümmern, haben einen anderen Hintergrund. „Manche haben 25 Jahre auf der Straße gelebt“, berichtet die Leiterin. Den Lebenspartner verloren, keinen Job mehr, häufig suchtkrank, verschuldet – es ist ein Kaleidoskop an Lebensschicksalen, >>

das täglich im Treffpunkt der Sozialberatung zusammenkommt. Die 30 bis 35 Wohnungslosen, die die Dreieicher Einrichtung jeden Tag aufsuchen, sind überwiegend Männer. „Bei einer Trennung bleiben in der Regel die Frauen in der Wohnung“, erklärt Maria Holzenthal. Manche der Männer kommen mal hier, mal da, bei Freunden und Bekannten unter, die anderen „machen Platte“. Sie leben irgendwo auf der Straße oder im Wald.

#### Auszeit vom harten Alltag

Für Menschen ohne eigene Bleibe ist die Sozialberatung eine Adresse, wo sie uneingeschränkt willkommen sind. Hier können sie eine kurze Auszeit von ihrem harten Alltag nehmen, sich im Winter aufwärmen. Sie erhalten Kaffee und eine warme Mahlzeit, können duschen, Wäsche waschen und sich neue Anzihsachen aus der Kleiderkammer besorgen. Der Tagestreff fungiert zudem als Begegnungsstätte, bietet Gelegenheit, mit anderen ins Gespräch zu kommen, oder mit den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zu reden. Denn die Dreieicher Einrichtung fungiert auch als Fachberatungsstelle, die Wohnungslose in allen lebenswichtigen Bereichen unterstützt. Es geht um Existenzsicherung, Schuldenbewältigung, Hilfe bei Krankheiten, die Abhängigkeit von Alkohol und Drogen, um Arbeit und um die Möglichkeit, wieder eine eigene Bleibe zu bekommen.

#### Die Sozialberatung hilft, ein neues Leben zu beginnen

Doch an diesem Tag im Treffpunkt scheinen die Sorgen in den Hintergrund gerückt. Die Sozialberatung richtet ein Abschiedsfrühstück für „den Alex“ aus. Alexander Sonnabend war 15 Jahre als Sozialarbeiter in Dreieich tätig und hat nun eine Arbeit in seiner Heimatstadt Heppenheim gefunden. Da wollen ihm zum Abschied auch viele „Ehemalige“ die Hand schütteln: Menschen, die mal wohnungslos waren und mit Hilfe der Sozialberatung ein neues Leben beginnen konnten. „Is' ja wie in einem englischen Club hier: immer dieselben Leute“, scherzt einer der Gäste. „Zahlreiche unserer Klienten schaffen

den Absprung“, bestätigt Maria Holzenthal.

#### Preiswerten Wohnraum zu finden wird immer schwieriger

Die Abwärtsspirale zu stoppen, heißt vor allem, den Betroffenen von der Sucht wegzukriegen und eine Bleibe zu vermitteln. Erste Station auf diesem Weg ist in der Regel das Betreute Wohnen mit 16 Plätzen, die meist ausgebucht sind. Das Team der Sozialberatung hilft den Teilnehmenden bei der Wohnungssuche. „Wir könnten mehr Leute unterbringen“, so Maria Holzenthal. Aber preiswerten Wohnraum für ihre Klienten zu finden werde immer schwieriger. Die Sozialberatung verfügt noch über vier Übergangswohnungen für diejenigen, die sich erst wieder an ein Leben in den eigenen Wänden gewöhnen müssen oder die noch keine dauerhafte Wohnung gefunden haben.

#### Beziehungsarbeit ist wichtig

Um den Männern und den wenigen Frauen einen Ausstieg aus dem wohnungslosen Dasein zu ermöglichen, arbeitet die Sozialberatung unter anderem mit kommunalen Behörden, Ärzten, der Suchtberatung und der Arbeitsagentur zusammen. Doch das Team tritt erst auf ausdrücklichen Wunsch des Betroffenen in Aktion. Empfehlungen nach dem Motto „Wie wäre es...“ könnten eher das Gegenteil bewirken, weiß Maria Holzenthal: „Wir müssen die Leute auf uns zukommen lassen. Manche teilen sich sofort mit, andere öffnen sich erst nach einem Jahr.“ Wie die Leiterin spricht auch Alexander Sonnabend von „Beziehungsarbeit“: Die fängt damit an, „dass man mit den Leute auf Augenhöhe redet. Denn sie sind es eher gewohnt, dass Menschen auf sie herabschauen“.

#### Die Stärken suchen und nicht nur die Schwächen sehen

Ernst nehmen, die Stärken suchen und nicht nur die Schwächen sehen: Die Arbeit erfordert Einfühlungsvermögen – und manchmal auch kräftiges Zupacken. Vor Jahren suchten ehemalige Wohnungslose eine Beschäftigung, damit ihnen zu Hause nicht die Decke

auf den Kopf fiel. So entstand die Idee zu einem Möbelprojekt, das heute Teil eines Qualifizierungsangebots „Arbeitsgelegenheiten“ ist: Gespendete Möbelstücke werden abgeholt, zurechtgemacht und günstig verkauft. Die Idee entpuppte sich als Erfolg. Beim Umgang mit den Männern, bei ihrer Motivierung, kam Alexander Sonnabend sein erster Beruf als Schlosser zugute – und zwar nicht nur praktisch. Der Sozialarbeiter hatte dabei auch die etwas raueren Seiten des Lebens kennengelernt und konnte bei den „Möbelmännern“ den richtigen Ton treffen. Von denen sind denn auch etliche gekommen, um Auf Wiedersehen und Danke zu sagen. „Das war eine coole Zeit hier“, meint Nils, der zum Möbelteam gehörte, jetzt einen festen Wohnsitz und einen Minijob hat. Günter, mittlerweile in Rente, überreicht Alex ein Universalwerkzeug, damit er nicht mehr „ohne“ da steht. Es wird viel gelacht an diesem Morgen der Erinnerungen.

#### Viele halten den Kontakt

Wie sich aus der intensiven Betreuung eine anhaltende Verbundenheit zwischen den Beschäftigten der Sozialberatung und ihren Klienten entwickelt, kommt auch bei anderen Gelegenheiten zum Ausdruck, zum Beispiel beim Grillfest im Sommer oder bei der Weihnachtsfeier. Die Loyalität der früheren Wohnungslosen gegenüber der Sozialberatung ist groß. „Fast alle, die bei uns waren, halten Kontakt“, freut sich die Leiterin. Allerdings muss das Team der Sozialberatung von seinen „Weggefährten“ aufgrund schwerer Krankheiten oft früh für immer Abschied nehmen. Maria Holzenthal: „Das Leben auf der Straße bleibt nicht ohne Folgen.“

Text und Foto: Bernd Kleiner

Sozialberatung Dreieich  
 Maria Holzenthal  
 06103/69329  
 E-Mail: sozialberatung@  
 paritaet-projekte.org  
 www.paritaet-projekte.org

# Armut bedeutet auch: höhere Krankheitsrisiken und geringere Lebenserwartung

Seit der Wiedervereinigung ist in Deutschland die durchschnittliche Lebenserwartung insgesamt um fünf Jahre gestiegen. Zugleich ist aber auch der Unterschied zwischen wohlhabenden und armen Menschen gewachsen.

Nach Angaben des Robert-Koch-Instituts, das für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes zuständig ist, leben Männer aus dem untersten Einkommensfünftel in Deutschland 10,8 Jahre kürzer als Männer aus dem obersten Fünftel. Bei Frauen beträgt die Differenz ungefähr 8,4 Jahre. Menschen aus dem armen unteren Fünftel sind im Durchschnitt auch 3,5 Jahre früher im Leben von einer chronisch degenerativen Erkrankung betroffen. Unter dem Strich bedeutet das, dass Männer, die an oder unter der Armutsgrenze leben, 14 gesunde Lebensjahre weniger haben, als wohlhabende Männer. Bei den Frauen beträgt die Differenz zirka zwölf Jahre.

## Vielfältige Gründe

Die Gründe dafür sind vielfältig. Es ist einer der beliebtesten Reflexe der Gesundheitspolitik, den armen Menschen die Schuld für ihre schlechte Gesundheit in die Schuhe zu schieben. Nach dem Motto: Ihr habt ein riskanteres Gesundheitsverhalten, ihr ernährt euch nicht gesund, ihr bewegt euch zu wenig, ihr raucht. Aber diese Unterschiede im Verhalten erklären nur weniger als die Hälfte der Differenz bei Gesundheit und Lebenserwartung. Der überwiegende Teil resultiert aus den Lebensverhältnissen und den Bedingungen des Zusammenlebens.

Arme Menschen leben häufiger in kleinen Wohnungen in schlechterer Lage, in lauten Stadtteilen, an Durchgangsstraßen mit vielen Abgasen. Sie haben es auch schwerer, sich von den Alltagsbelastungen zu erholen, weil beispielsweise das Geld für Ausflüge und Urlaube fehlt. Sie haben häufig schlechtere Jobs und ungünstige Arbeitszeiten. Und auch bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind sie benachteiligt. Freizeitaktivitäten wie etwa ins Kino, Café oder Restaurant zu gehen, sind für viele der reinste Luxus. Das bedeutet auch, dass ihnen viele schöne Erlebnisse entgehen. All das nicht zu können, heißt auch, in unserer reichen Gesellschaft nicht wirklich dazuzugehören, ausgeschlossen zu sein. Das beginnt bereits im Kindergartenalter. Die schlechten sozioökonomischen Bedingungen fördern auch seelische Erkrankungen. So leiden Kinder aus sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen häufiger an Essstörungen, motorischen und psychischen Auffälligkeiten.

## Das Problem: Soziale Benachteiligung

Dauert Armut lange an und machen die Betroffenen nicht die Erfahrung, an ihren Lebensumständen etwas zum Positiven hin ändern zu können, dann führt das häufig zu Ohnmachtsgefühlen und Resignation, das Selbstwirksamkeitsgefühl – „Ich kann etwas erreichen, wenn ich es will“ – wird geschwächt. Und dies wiederum wirkt sich negativ auf das Selbstwertgefühl aus. Kommt dann auch noch soziale Isolation hinzu, weil es schwerer fällt,

Kontakte zu pflegen, fallen drei wichtige Gesundheitsressourcen weg.

Bei praktisch allen Krankheiten – von der Wiege bis zur Bahre – ist der Schichtgradient sehr stark: Stoffwechselerkrankungen wie etwa Diabetes, Muskel- und Skeletterkrankungen, Lungenerkrankungen, schwere Allergien, Herzinfarkt, Schlaganfall – sie alle kommen in der unteren Schicht zweibis dreimal so oft vor wie in der oberen. Die Gesundheits- und Lebenschancen sinken auf der sozialen Stufenleiter von oben nach unten, von Stufe zu Stufe kontinuierlich.

Es gibt kein isoliertes Problem von Armut, sondern von sozialer Benachteiligung. Deshalb muss es die Strategie der Prävention sein, sich um alle Gruppen und Schichten zu bemühen, aber umso mehr Mühe und Ressourcen aufzuwenden, je größer die Probleme sind, das heißt, je niedriger der soziale Status ist.

## Armut vorbeugen

Es ist zu begrüßen, dass das neue Präventionsgesetz auch eine spezielle Ausrichtung auf materiell und sozial benachteiligte Menschen enthält. Aber machen wir uns nichts vor: Auch mit dem besten Präventionsgesetz der Welt können wir die soziale Ungleichheit bei Lebenserwartung und Gesundheitschancen nicht beseitigen. Wir brauchen eine Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik, die Armut erst gar nicht entstehen lässt, aber auch eine bessere Wohnungs- und Verkehrspolitik. Die Weltgesundheitsorganisation nennt das eine gesundheitsförderliche Gesamtpolitik.

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock,  
Vorsitzender des  
Paritätischen Gesamt-  
verbands, leitete lange  
die Forschungsgruppe  
„Gesundheitsrisiken und  
Präventionspolitik“ bzw.  
Publik Health im Wissen-  
schaftszentrum Berlin für  
Sozialforschung.



# Arm durch lebenslange Pflege

Der Esslinger Verein Rückenwind stärkt Eltern, aber vor allem Mütter, die durch Pflege und Betreuung ihrer behinderten Kinder besondere Belastungen bewältigen müssen. Häufig kommen finanzielle Sorgen hinzu und – da die Mütter nicht selten ihren Beruf für die Pflege aufgeben oder nur Teilzeit arbeiten können – die Furcht vor Altersarmut. In einem sehr persönlichen Beitrag schildert Ursula Hofmann, die Initiatorin des Vereins, ihre Erfahrungen als pflegende Mutter. Sie berichtet zudem, was sie von anderen Müttern weiß und welche Verbesserungen sie sich wünscht.

**A**rmut durch lebenslange Pflege. Das gibt es wirklich. Sie kennen niemanden auf den das zutrifft? Genauso ist es. Unscheinbar, wenig beachtet und ohne Lobby pflegen tausende Eltern, meist Mütter, lebenslang ihre Kinder. Auch ich bin eine von „Ihnen“ – Pflegerin meiner eigenen Tochter. Die Jüngste von vieren. Diagnose: schwer mehrfachbehindert – eine Laune der Natur. Auf den ersten Blick, wenn man sich den Rollstuhl wegdenkt, sieht man ein fröhliches, blondgelocktes, hübsches Mädchen. Ihr Lachen wirkt ansteckend. Wer sie gut kennt weiß, dass Anne mit ihren 14 Jahren auf dem Entwicklungsstand eines Babys ist. Keine Sprache, fehlendes Wortverständnis, Windeln Tag und Nacht, Hilfe beim Essen, kein Gehen. Sie benötigt für alles Unterstützung: Anziehen, Zähneputzen, Händewaschen. Sie kann nicht sagen, wenn die Falte in der Socke sie am Fuß drückt oder sie lieber etwas anderes essen möchte.

Ein Ende der Pflege ist nicht abzusehen. 24 Stunden, Tag und Nacht, muss jemand für Anne da sein. Nicht nur die Pflege macht abhängig, auch festgelegte Zeiten, wie etwa die Abfahrt oder Ankunft des Schulbusses. Ich kann meiner Tochter nicht sagen: „Wenn ich noch nicht zu Hause bin, klingle einfach bei der Nachbarin, oder gehe solange einfach in den Garten schaukeln.“

**Pflege macht arm. Pflege macht einsam.** Schlechte Rahmenbedingungen und Strukturen beschleunigen die Gefahr pflegender Angehöriger, in Armut zu geraten bereits bei jungen Frauen. Wer mit einem behinderten Kind alleinerziehend ist, spürt täglich, was es heißt, abgehängt zu sein. Selbst hochqualifizierte und gut ausgebildete Frauen laufen sehenden Auges in die Altersarmut. Denn sie haben als Mütter behinderter Kinder kaum eine Chance am Arbeitsmarkt. Ein paar Fakten: Es fehlt die verlässliche Betreuung. Betreuungsangebote für Kinder ohne Behinderung im Kindergartenalter (Kindertagesstätte mit

flexiblen Öffnungszeiten, Ganztageschule mit anschließendem Hort und Ferienangeboten) sind im städtischen und ländlichen Raum fast flächendeckend zu finden. Das gilt aber nicht für Kindergärten und Schulen, die schwerst mehrfachbehinderte Kinder aufnehmen. Ich spreche hier für den Landkreis Esslingen in Baden-Württemberg.

Bereits im Kindergartenalter müssen Eltern, deren Kinder in eine Förder-Kindergarten gehen, 14 Wochen Ferien „abdecken“. Ein verlässliches Ganztagesangebot von Montag bis Freitag fehlt. In der Schule wird es nicht besser. Hortbetreuung bis 16/17 Uhr fehlt völlig. Ferienangebote für Kinder mit Handicap an der Sonder- beziehungsweise Förderschule, mit Fahrdiensten – Fehlanzeige.

Nach der Schulzeit, also in der Werkstatt für Menschen mit Behinderung oder im Förder- und Betreuungsbereich, wird es nicht besser. Als wären die jungen Erwachsenen plötzlich mit dem Erreichen der Volljährigkeit nicht mehr behindert. Also, wer als Zwanzigjährige auf einem Entwicklungsstand einer Zweijährigen ist, benötigt verlässliche Betreuung auch nach der „Arbeit“. Die ist aber in der Regel kaum umzusetzen.

Warum fällt eine Familie aus allen Regelstrukturen heraus, nur weil das Kind eine Behinderung hat? Alle reden von Inklusion und geben dafür Milliarden aus. Was Familien mit behinderten Angehörigen in der Realität erleben, ist Exklusion. In meinen Augen ist diese Exklusion in allen Lebensbe-



Ursula Hofmann ist Krankenschwester, Hebamme und Mutter von vier Kindern. Seit 14 Jahren ist sie Pflegerin der eigenen Tochter. Die Initiatorin des Vereins Rückenwind ist aktives Mitglied in der Bundesfrauenvertretung des Bundesverbands körper- und mehrfachbehinderter Menschen (bvkm). Rückenwind ist Mitglied im Landes- und Bundesverband des bvkm. [www.rueckenwind-es.de](http://www.rueckenwind-es.de)



Ursula Hofmann mit  
ihrer 14-jährigen  
Tochter Anne

Foto: Privat

reichen zu finden. Exklusion in der Gesellschaft. Exklusion am Arbeitsmarkt und bei der Rente. Exklusion bei der eigenen Lebensgestaltung. Exklusion bei der eigenen Gesunderhaltung. Fehlende Barrierefreiheit auch bei Bussen und Bahnen, nur eingeschränkte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, zum Beispiel wegen fehlender Toiletten für alle (Rollitoilette plus Pflegeleuge plus Deckenlift gibt es fast nirgends). Die passende zuzahlungsfreie auslaufsichere Windel oder Stress bei der Hilfsmittelversorgung werden am häufigsten von pflegenden Müttern genannt, wenn man sie fragt, was sie alltäglich vermissen.

#### Meine Pflegearbeit ist nicht zu vergleichen mit meinem Beruf

Auf dem Arbeitsmarkt gilt als ungelern, wer mehr als vier Jahre nicht im Beruf gearbeitet hat. Meine Pflegearbeit, die durch das Pflegegeld etwas honoriert wird, ist nicht zu vergleichen mit meinem Beruf. Da habe ich Kolleginnen und Kollegen, da werde ich weitergebildet, da nehme ich am ganz normalen Leben teil, bin nicht die „behinderte Mutter“. Berufstätig zu sein, bedeutet, eine Auszeit vom Alltag zu haben – trotz Arbeit. Die Mütter, die ich kenne, die einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, blühen regelrecht auf, trotz Mehrfachbelastung.

Viele junge Frauen machen sich heutzutage Gedanken, wie sie ihr Leben gestalten möchten. Freizeit, Hobbies, Ausbildung oder Studium, ein paar Jahre an verschiedenen Arbeitsstellen, reisen ... Kinder plus Beruf... alles machbar. Der Supergau trifft Familien – genauer gesagt: meist Mütter –, wenn plötzlich ein Kind mit schwerer Behinderung zu versorgen ist. Auch andere junge Eltern haben nicht gerade viel Zeit für die Paarbeziehung, mit einem behinderten Kind ist sie aber noch knapper. Und die Geschwisterkinder sollen auch nicht zu kurz kommen. Die Sorge um das besondere Kind, ein Therapiedschungel, fehlende Unterstützungsleistungen und Beratungsstellen und die Sorge um den Arbeitsplatz – das ist der neue Alltag. „Nehmen Sie sich eine Auszeit oder gehen Sie in Kur.“ Das hören pflegende Mütter öfter. Der Haken daran ist, wieder fehlt verlässliche Betreuung. Diesmal betrifft es die Kurzzeitpflege, die ja in Anspruch genommen werden kann, wenn die Pflegeperson ausfällt. Leider gibt es keine Kurzzeitpflege für Kinder und Jugendliche im Landkreis Esslingen. Für Erwachsene nur einzelne Plätze in bestehenden Wohnformen. Ansonsten wird auf Altenheime verwiesen, da gehören junge Menschen aber nicht hin. Da alle Kinder-Kurzzeitplätze außerhalb des Landkreises

sehr begehrt sind, muss ein Jahr im Voraus etwa für Ferien und andere Zeiten gebucht werden. Spontan ein Wochenende mit Geschwisterkindern oder dem Partner zu verreisen, ist nicht möglich. Gerade diese spontanen Unternehmungen sind für belastete Familien aber so wichtig. Die Gesunderhaltung der „Pflegekraft“ Mutter ist in der Realität jedoch nicht vorgesehen. (Für Physiotherapie zum Beispiel wegen eines schmerzenden Rückens muss beim Arzt gebettelt werden.) Wer versorgt die besonderen Kinder, wenn die Eltern nicht mehr können oder nicht mehr leben? Auch das ein Thema – arm dran. Es gibt zu wenig Wohn- und Arbeitsplätze für Menschen mit schwerer Behinderung, die dem hohen Unterstützungsbedarf gerecht werden können, weil der Staat und Kostenträger es nicht entsprechend finanzieren.

#### Müttern Rückenwind geben

Diese Erfahrungen sind keine Einzelfälle. Wir hören immer wieder davon bei Rückenwind e.V. Pflegende Mütter behinderter Kinder stärken! Seit zehn Jahren gibt es diesen Eltern-treff im Landkreis Esslingen. Seit Kurzem auch als Verein. Eine Plattform für alle „Lebenslagen“. Sich austauschen, Pflege sichtbar machen, zuhören, sich stärken und vernetzen, unabhängig vom Alter des Kindes und der Art der Behinderung, das gibt es bei Rückenwind. Und außerdem wollen wir die Öffentlichkeit und Entscheidungsträger und -trägerinnen wachrütteln, indem wir die Realität sichtbar machen. Arm dran sollte in einer inklusiven Gesellschaft niemand mehr sein.



Andrea Augner prüft den Tafelausweis und den Bedürftigkeitsausweis, dann können die Kunden der Erfurter Tafel ihre Nummer ziehen. Das verhindert bei großem Andrang, dass es zu Drängeleien kommt. Weggeschickt habe man noch niemanden, sagt sie.

23.000 Anmeldungen hat die Erfurter Tafel e.V. seit ihrer Gründung vor 20 Jahren registriert. Das bedeutet: 23.000 bedürftige Menschen, ein Drittel davon Kinder. Jeden Tag kommen mindestens drei der 210.000 Einwohner von Thüringens Hauptstadt neu hinzu: aus Familien, die mit Hartz IV auskommen müssen, Rentner mit schmalem Altersgeld, Migranten, Flüchtlinge und Studierende.

Zweimal im Jahr rollt eine süße Spendenwelle auf die Erfurter Tafel zu. Nach Ostern stapeln sich Schokohasen und -eier in den Regalen, nach Weihnachten Nikoläuse und verwandte Schleckereien. Saisonware, die sich nicht mehr verkaufen lässt, aber immer noch lecker schmeckt. „Natürlich würden auch unsere Kunden ihren Kindern solche Sachen lieber vor dem Fest geben. Es ist ihnen aber zu teuer“, weiß Andrea Kranhold, die Koordinatorin der Tafel.

Die Kinder aus bedürftigen Familien sollen sich von solchen typischen Festtagsfreunden nicht ausgegrenzt fühlen. Deswegen organisiert die Tafel kleine Feiern zu Weihnachten und Ostern. Und wenn die Pläne des Trägervereins aufgehen, können bei der Tafel demnächst auch Kindergeburtstage ausgerichtet werden. Denn viele Eltern, die von Hartz IV leben, haben meist weder das Geld noch die Räumlichkeiten, um ihren Kindern eine größere Geburtstagsfeier zu ermöglichen. Und erst recht nicht an irgendwelchen Erlebnis-

orten, im Kino oder im Kletterpark. Die Folge ist nicht selten, dass die Kinder erst gar nicht zu anderen Geburtstagen gehen, weil sie ja keine Gegeneinladung aussprechen können. „Wir haben einen großen Raum, der für Kindergeburtstage bestens geeignet ist, sogar mit Leinwand und Filmprojektor“, sagt Andrea Kranhold. Die Tafel würde außerdem noch für Süßigkeiten und andere kleine Überraschungen sorgen. Der Raum soll zweimal in der Woche für solche Partys zur Verfügung stehen. Aber erst muss die Finanzierung geregelt werden, und dafür werden noch Sponsoren gesucht.

Die Tafel lebt von Spenden. Alle Lebensmittel stammen vom Einzelhandel, Spielzeuge, Möbel und Kleidung auch von Privat. Mit Geldzuwendungen wird der Betrieb finanziert, die Miete für die Räumlichkeiten, Strom und die Lastwagen, die für den Warentransport zu den drei Ausgabestellen im Stadtgebiet gebraucht werden.

Etwa 25 Frauen und Männer arbeiten für den Trägerverein, im Rahmen

des Bundesfreiwilligendienstes, über öffentlich geförderte Stellen und ehrenamtlich.

In der „Lebensmittelabteilung“ in der Zentrale der Tafel, einem ehemaligen Schulgebäude, setzt gegen 12 Uhr hektische Betriebsamkeit ein. Um 13 Uhr beginnt die Ausgabe. Die Kisten mit Obst und Gemüse werden vorsortiert, die Kühltheke mit Fleisch, Wurst und Milchprodukten gerichtet. Brot und Brötchen, die ein Bäcker der Tafel gratis liefert, liegen schon griffbereit. Neben an liegt Tiefgefrorenes in den Kühltruhen, einen Raum weiter ist die „Trockenware“ zu finden: Nudeln und Reis beispielsweise, aber auch Konserven.

#### Jeden Tag eine gute Auswahl

Der Innenhof füllt sich derweil mit Menschen, Thüringer Dialekt mischt sich mit slawischen, türkischen und arabischen Lauten. Susanne Hecker, alleinerziehende Mutter eines Sohnes mit Down-Syndrom und einer Tochter, kommt seit vier Jahren ein- bis zweimal in der Woche. Früher habe sie sich

# Bei der Tafel in Erfurt können Kinder bald Geburtstag feiern

Susanne Hecker und ihr Sohn sind mit dem Angebot der Erfurter Tafel zufrieden.



deswegen geschämt: „Aber jetzt stehe ich dazu.“ Susanne Hecker ist mit dem Angebot der Tafel zufrieden: „Hier kriegt man immer etwas, das man kochen kann.“ Der Basispreis beträgt 1,50 Euro pro Erwachsenem und 30 Cent Euro pro Kind, damit werden die Grundnahrungsmittel abgedeckt. Extras wie höherwertige Fleischstücke kosten einen Aufpreis. Für acht, neun Euro könne sie hier ihren Wochenvorrat erhalten, sagt Susanne Hecker.

Zwar ist jeden Tag eine gute Auswahl an Lebensmitteln vorhanden. Niemand kann aber garantieren, ob für alle Kunden des Tages ausreichend Möhren, Joghurt oder Dauerwurst zusammengekommen sind. Das Angebot vor allem bei Obst und Gemüse schwankt, je nach Jahreszeit. Im Notfall wird mit Nahrung aus dem „Trockenlager“ aufgestockt: „Wir bekommen immer eine Mahlzeit zusammen“, betont Andrea Kranhold.

## Nummernvergabe verhindert Drängelei

Was letztlich in die Einkaufstasche wandert, hängt auch von der Reihenfolge der Kunden ab. Bedient wird nach Nummern. Als es diese klare Regelung noch nicht gab, „kam es zu Drängeleien“, erzählt Andrea Augner, die an diesem Tag für die Nummernvergabe zuständig ist. Sie prüft den Tafelausweis und den Bedürftigkeitsnachweis jedes Neuankömmlings, dann darf der Kunde seine Einlassnummer ziehen. Im Schnitt werden

pro Tag etwa 60 Nummern vergeben. „Weggeschickt haben wir noch niemanden“, sagt Andrea Augner.

Die ersten Nummern werden aufgerufen. Der Rest der Kunden im Innenhof wartet geduldig, vertreibt sich die Zeit mit einem Schwätzchen oder mit Lesen. Bis der Letzte an der Reihe ist, können anderthalb Stunden vergehen. Ein Rentner klagt über Schmerzen, die das Warten erschweren, und seufzt: „Das hätte ich auch nicht gedacht, dass ich mal hierher kommen muss.“ Bei Regen und Kälte ist es im Hof richtig ungemütlich. Aber die Räume der Tafel sind zu klein, um allen Leuten auf einmal ausreichend Unterschlupf zu gewähren, und für ein Schutzdach draußen fehlt das Geld. Das Team versucht dennoch, die Situation zu mildern. „Im Winter haben wir Tee zum Aufwärmen bekommen“, berichtet Susanne Hecker.

Die meisten Kunden kommen regelmäßig. Sie kennen sich, erzählen von der Familie und von Krankheiten, tauschen nach dem Einkauf untereinander Lebensmittel. „Hier sind schon Freundschaften entstanden“, weiß Susanne Hecker. Dass der Gang zur Tafel nicht nur dem Speiseplan gut tut, bestätigt Andrea Augner. „Die Leute kommen mal raus und haben Gesellschaft.“

Andrea Kranhold ruft die Nummer 26 auf, Susanne Hecker und ihr Sohn sind an der Reihe. Rasch füllen sich ihre Taschen. „Die wissen hier schon, dass meine Tochter Vegetarierin ist, und berück-

sichtigen das“, freut sich die Mutter. Mit der Nr. 26 hat sie eine Position, die noch reichlich Auswahl garantiert. Wenig später sind die Kartoffeln ausgegangen.

## Finanzielle und andere Hürden

Laut Andrea Kranhold könnte die Tafel ihr Angebot etwas stabiler gestalten, wenn sie bestimmte Waren auch nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums vorrätig halten dürfte, natürlich mit sorgfältiger Prüfung. Doch das sei ihr vom Erfurter Gesundheitsamt untersagt. Auch das Vorhaben, ein Nachhilfeangebot für Kinder bedürftiger Familien zu arrangieren, scheiterte. Zwar waren Menschen im Ruhestand bereit, den Schülerinnen und Schülern zur Seite zu stehen. Doch dies habe gegen die Vorschrift verstoßen, ein solches Angebot nur mit einem professionellen Pädagogen ins Leben zu rufen, erklärt die Koordinatorin. Die Tafel hatte außerdem überlegt, warme Mahlzeiten anzubieten. Schließlich gehört zu ihren Räumlichkeiten noch die ehemalige Schulküche. Diese jedoch nach geltenden Auflagen für das Projekt herzurichten und auszustatten, liegt einstweilen außerhalb des finanziell Möglichen.

Text und Fotos: Bernd Kleiner

Erfurter Tafel e.V.  
Tel.: 0361/2112110  
E-Mail: [info@erfurter-tafel.de](mailto:info@erfurter-tafel.de)  
[www.erfurter-tafel.de](http://www.erfurter-tafel.de)

Laut Schuldenatlas der Wirtschaftsauskunftei Creditreform waren 2015 in Deutschland 6,7 Millionen Menschen überschuldet, das ist jeder Zehnte im Alter über 18 Jahren. Viele Schuldnerberatungen verzeichnen seit einiger Zeit angesichts der zunehmenden Altersarmut einen deutlichen Anstieg bei der Zahl älterer Menschen, die Rat suchen, weil sie aus verschiedensten Gründen in die Schuldenfalle geraten sind. Die Schuldnerberatung des Paritätischen in Dortmund will nun ein spezielles Projekt für diese Zielgruppe konzipieren.

## Zu den Schulden kommt auch noch die Scham



Alexander Elbers,  
Fachreferent für Schuldner-  
beratung des Paritätischen  
Nordrhein-Westfalen

Es kann eine chronische Erkrankung sein, und plötzlich reicht die ohnehin schon knappe Rente nicht mehr. Das Geld, das für die Medikamentenzahlung gebraucht wird, fehlt entweder beim Budget für Essen und Trinken, bei der Miete oder für die Stromrechnung, die ohnehin wegen der gestiegenen Energiekosten viel teurer geworden ist.

Es kann auch der Tod der Partnerin oder des Partners sein. Das letzte Ersparnis wurde für die Beerdigung gebraucht, nun fehlt nicht nur der geliebte Mensch – die Wohnung, in der das Paar gelebt hat, ist plötzlich zu groß und zu teuer. Eine kleinere, billigere ist aber kaum zu finden angesichts der schwierigen Lage auf dem Wohnungsmarkt. Und außerdem würde der Umzug auch wieder jede Menge Geld kosten. Die Folge: Finanzielle Engpässe führen zu Schulden und schließlich über kurz oder lang zur Überschuldung.

„Ein großes Problem bei alten Menschen, die in die Schuldenfalle geraten, sind Überforderung und die Scham, ihre Situation offenzulegen“, sagt Alexander Elbers, Fachreferent für Schuldnerberatung des Paritätischen Nordrhein-Westfalen. „Sie kommen oft gar nicht

zu uns in die Beratungsstelle oder sehr spät. Die meisten haben Hemmungen, einer fremden Person ihre Notlage zu offenbaren und schränken sich lange Zeit im Alltag massiv ein.“ Sie sparen beim Essen, wo es geht, nur der billigste Käse, das billigste Brot kommen auf den Tisch. Oft verzichten kranke ältere Menschen auf die nötigen Medikamente beziehungsweise Behandlungen, weil sie sich die Zuzahlungen nicht leisten können. „Wenn man nur drei- oder vierhundert Euro zum Leben hat, nützt es auch nicht viel, wenn die Zuzahlung zu Medikamenten auf ein Prozent gedeckelt sind“, so Elbers.

### Manche sind durch Angst wie gelähmt

Irgendwann aber merken die Menschen, dass sie trotz aller Bemühungen zu sparen nicht mehr von den Schulden herunterkommen: Sie fürchten, ihre Wohnung zu verlieren, auf der Straße und im Elend zu landen. „Manche sind durch ihre Ängste wie gelähmt, manche stecken den Kopf in den Sand. Dabei könnten wir den meisten helfen, Anträge auf Unterstützung zu stellen, etwa auf Beihilfe für die Neben- oder Heizkostennachzahlung beim Amt für Wohnungssicherung, auf Wohngeld

oder die Befreiung von Zuzahlungen für Medikamente.“

Viele finden erst den Weg zur Schuldnerberatung, wenn der Leidensdruck unerträglich geworden ist, sie vor lauter Sorgen keinen Schlaf mehr finden und Pfändungen drohen. „Manche rufen auch erst einmal an und fragen, ob wir auch Hausbesuche machen können, weil sie nicht mehr mobil sind, entweder wegen einer Gehbehinderung oder weil sie insgesamt gebrechlich sind“, sagt Alexander Elbers. Und nicht selten hören er und seine Kolleginnen und Kollegen Sätze wie „Ich weiß, ich hätte schon viel früher kommen müssen...“ oder „Wenn ich abtrete, möchte ich alles geregelt haben. Meine Kinder sollen keine Schulden erben.“ Was dann folge, seien meist sehr aufwendige Beratungsgespräche, in denen es vor allem wichtig sei, die Menschen psychisch zu stabilisieren, betont Alexander Elbers. Vielen wäre mit einem Insolvenzverfahren geholfen, wenn klar sei, dass sie mit ihrer niedrigen Rente, die oft unterhalb des Existenzminimums liegt und mit Grundsicherung aufgestockt werden muss, sowieso die Schulden nie werden begleichen können. Aber für viele Rentnerinnen und Rentner

Hausbau, Wohnungskauf, die Anschaffung eines Autos oder der Kauf von Einrichtungsgegenständen – all das sind in unserem Wirtschaftssystem ganz normale Gründe, einen Kredit aufzunehmen. Derartige Schulden sind auch kein Problem, solange das Einkommen reicht, die Raten für die Abzahlung des Kredits zu leisten. Von Überschuldung ist erst die Rede, wenn die Betroffenen ihren Zahlungsverpflichtungen aus ihrem Einkommen oder Vermögen nicht mehr nachkommen können, obwohl sie alle sonstigen Ausgaben auf das Lebensnotwendige reduziert haben.

Oft sind Schicksalsschläge, eine schwere Krankheit, Arbeitslosigkeit, Trennung und Scheidung der Grund für eine Überschuldung. Aber auch

## Verschuldung und Überschuldung

die mit Niedriglöhnen oder niedrigen Renten einhergehende Einkommensarmut erhöht die Gefahr, in die Schuldenfalle zu geraten.

Überschuldung ist selten ein kurzfristiger Liquiditätsengpass, sondern meist ein langer, schleichender Prozess, der für die Betroffenen mit psychischen Belastungen einhergeht, die wiederum die Gefahr erhöhen, seelisch und körperlich zu erkranken. Das Statistische Bundesamt hat zu durchschnittlichen Schulden und monatlichen Einkommen auf Grundlage der Überschuldungsstatistik vorigen

Sommer eine Analyse vorgelegt. Das Ergebnis lautete: „Die durchschnittlichen Schulden einer überschuldeten Person, die im Jahr 2014 die Hilfe einer Beratungsstelle in Anspruch genommen hat, betragen 34.504 Euro. Das war knapp das 34-fache des durchschnittlichen monatlichen Einkommens dieses Personenkreises (1.020 Euro). Ein durchschnittlicher Schuldner bräuchte demnach 34 Monate, um seine Verbindlichkeiten komplett zurückzuzahlen, wenn er dieses durchschnittliche Einkommen für den Schuldendienst einsetzen könnte. Bei der Gruppe der 65-Jährigen und älteren Menschen waren es 53.048 Euro Schulden bei einem Einkommen von 1.000 Euro, also das 53-fache des monatlichen Einkommens.“

sei das aus psychologischer Sicht oft ein zu großer Schritt. „Je älter die Menschen sind, desto schwerer fällt es ihnen, mit dem Bewusstsein zu leben, dass sie bei anderen in der Schuld stehen.“ Manche hätten es geschafft, trotz ihres Alters noch einen Bankkredit zu bekommen, aber oft zu windigen Konditionen oder nur verbunden mit einer teuren Restschuldenversicherung, die sie sich gar nicht leisten könnten. Sie stopften ein Loch mit dem anderen und gerieten immer tiefer in den Schlamassel. „Wir müssen den Leuten manchmal auch empfehlen, die Kreditraten nicht weiter zu zahlen, da sie sonst ihre Existenz nicht sichern können. Aber manche wollen die Schulden unbedingt irgendwie abtragen, selbst wenn es aussichtslos ist.“ Dann müssen

die Schuldnerberater den Betroffenen klar machen, dass es erst einmal wichtig ist, dass sie Miete, Strom und Lebensmittel bezahlen, bevor sie anfangen, irgendwelche Raten zurückzuzahlen. „Die Existenzsicherung hat Priorität“, sagt der 58-jährige Diplom-Pädagoge. Erst dann gilt es, zu schauen, in welchem Umfang Gläubiger bedient werden können. Dabei ist auch zu prüfen, ob es gegebenenfalls Forderungen gibt, die zuerst bedient werden müssen.

### Mit Hausbesuchen die Hilfe erleichtern

Die Schuldnerberatung des Paritätischen in Dortmund beabsichtigt, älteren Menschen künftig die Beratung zum Beispiel durch ein reguläres Angebot von Hausbesuchen zugänglich zu machen. „Wir haben ja traditionell eine reine Kommstruktur. Das müssen wir lockern. Deshalb überlegen wir jetzt, wie ein solches Beratungsangebot für ältere Menschen zu konzipieren ist.“ Das geschieht auch mit Blick auf die eigenen Finanzen. Denn die Finanzierung der Schuldnerberatung, so Elbers, ist schon jetzt kaum auskömmlich. In Dortmund wird die Arbeit der Schuldnerberatung aus unterschiedlichen Quellen finanziert. Die Stadt zahlt zum Beispiel nur einzelfallbezogen für die Beratung von Arbeitslosengeld-II-Beziehern. Außerdem gibt es noch Mittel vom Land für die Insol-

venzberatung und Geld von den nordrhein-westfälischen Sparkassen, die nach dem Sparkassengesetz des Landes verpflichtet sind, sich an der Finanzierung der Schuldnerberatung zu beteiligen. „Dieses Geld ermöglicht es uns beispielsweise, auch für ältere Leute im gewissen Rahmen Beratung anbieten zu können“, sagt Elbers.

Bei rund 70.000 Dortmundern, die in die Schuldenfalle geraten sind, arbeitet die Beratungsstelle jedoch immer an der Kapazitätsgrenze. Um die Menschen, die Hilfe suchen, nicht auf lange Wartelisten setzen zu müssen, bietet die Paritätische Schuldnerberatung offene Sprechstunden an. Diese reichen nur für eine notfallmäßige Beratung, mit der lediglich die dringendsten Sachen geregelt werden können, sind aber kostenfrei. Alexander Elbers: „Wir vertreten die Auffassung, dass die Schuldnerberatung grundsätzlich für die Betroffenen, die ohnehin schon am Existenzminimum leben, kostenfrei sein sollte. Um einen offenen Zugang für alle Ratsuchenden sicherzustellen, plädieren wir für einen individuellen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung. Die Finanzierung der Schuldnerberatung ist eine staatliche Pflichtaufgabe, die sich aus dem Sozialstaatsgebot im Grundgesetz ableitet.“

Ulrike Bauer

Bereits 1985 hat der Paritätische NRW das Thema Hilfen für Menschen, die verschuldet bzw. anderweitig in wirtschaftliche Not geraten sind, in sein Programm aufgenommen. Zahlreiche Mitgliedsorganisationen, darunter auch viele anerkannte Insolvenzberatungen, bieten Hilfen für Überschuldete und deren Familien an. Ansprechpartner in der Kreisgruppe Dortmund ist Fachreferent Alexander Elbers, Tel.: 0231/18998918, E-Mail: alexander.elbers@paritaet-nrw.org.



Deutsch zu lernen, ist ihnen wichtig, doch in der Gemeinschaftsunterkunft ist das nicht leicht. Einige der Teilnehmer des Kurses „Deutsch für Geflüchtete“ mit ihrer Lehrerin Nana.

## „Wir brauchen Kontakt mit Deutschen“

Die Wege vieler Menschen, die als Migranten oder Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, münden zunächst in prekären Lebenslagen. Ein Besuch beim Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e. V., einem Berliner Träger, der Deutsch- und Integrationskurse anbietet, zeigt: Der Mangel an Geld ist dabei nur ein Aspekt. Einige Eindrücke von belastenden Situationen, wie sie vor allem Geflüchtete erleben.

**W**er aus dem U-Bahnhof Grenzallee emporsteigt und sich umschaute, ertappt sich bei dem Gedanken: Hier möchte man nicht wohnen. Nicht an dieser vierspurigen Straße in Neukölln, die ein paar Meter weiter von der sechsspurigen Stadtautobahn überbrückt wird. Lärm, Abgase, Feinstaub machen das Leben hier zu einem Gesundheitsrisiko.

Gäbe es schalldichte Fenster, Belal wäre wohl dennoch nicht abgeneigt, hier eine Wohnung zu beziehen. Der Syrer, Anfang dreißig, seit einem knappen Jahr in Deutschland und anerkannter Asylbewerber, sitzt in einem Schulungsraum im zweiten Stock eines angeneh-

men Altbaus, der ein Lichtblick ist an der viel befahrenen Ausfallstraße, gleich neben dem U-Bahnhof. Der Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e. V. bietet dort Sprach- und Integrationskurse. Jeden Tag pauken etwa 45 Neuzugewanderte dort, an einem von mehreren Standorten des Vereins, Deutsch. Mit viel Ehrgeiz und einer Ausdauer, die auch bei Belal weit über die Unterrichtsstunden hinausreicht. Zu gern würde er auch zu Hause Vokabeln lernen. Nur: In dem engen Zimmer des Wohnheims, in dem er lebt, sind noch drei weitere Männer untergebracht. „Lernen dort sehr schwer“, sagt er bedrückt, „oft laut.“ Nana, eine der Lehrerinnen, die im Auftrag des Vereins Deutsch als

Fremdsprache lehren, kann seine Not verstehen. „Deutsch ist eine schwere Sprache, zum Pauken brauchen die Leute Ruhe“, sagt sie. Sich ein neues Sprachniveau erarbeiten – eine immense Anstrengung. „Das schaffst du nur, wenn du keine Probleme hast.“ Umso schmerzvoller ist für die Lehrerin zu sehen, wie ihre engagierten Schülerinnen und Schüler im Lernen beeinträchtigt sind. Die Geflohenen natürlich durch den Stress, den ihre Situation auslöst, die Angst um die Angehörigen in der Heimat, die ungewisse Zukunft. Aber vieles hänge auch mit der Bürokratie zusammen. „Ständig haben sie mit Briefen und Terminen bei Behörden zu tun“, schimpft Nana.

Immer wieder werde das zum Thema im Unterricht. So gut es geht, fangen die Lehrkräfte das auf. Alle Lernenden sind ja ähnlich betroffen. Wichtig ist daher, sich auszutauschen, in der Gemeinschaft, im geschützten Raum. „Draußen trauen sie sich nicht, jemanden zu fragen“, sagt Nana.

Auch Belal lebt unter Druck. Beschwerden will er sich nicht, auf keinen Fall. Er weiß um das Glück, in Deutschland zu sein, ist dankbar. Trotzdem: Das ALG II, das er erhält, ist knapp. „Das reicht nicht für Anziehsachen und Bücher“, sagt er. Gerne würde er arbeiten. „Ich will auf eigenen Beinen stehen, nicht immer Jobcenter.“ Der größte Wunsch aber wäre eine eigene Wohnung. Um endlich ungestört zu lernen, Deutsch, der Schlüssel zu allem im neuen Land. Eine komplizierte Angelegenheit, wegen des Jobcenters und wegen des angespannten Wohnungsmarkts in Berlin.

#### Die Not wird ausgenutzt

Soumaia, die neben Belal sitzt und ebenfalls anerkannte Geflüchtete aus Syrien ist, will auch aus einer Unterkunft ausziehen. Sie berichtet entsetzt davon, jemand habe 3.000 Euro von ihr haben wollen – nur für die Vermittlung einer Wohnung! Die Not der Flüchtlinge wird ausgenutzt. In ihrer Heimat Aleppo war Soumaia Maklerin, jetzt erklärt die Frau

Mitte vierzig ernüchtert: „Wenn du Wohnung haben willst, musst du erst richtig Deutsch sprechen.“ Das lerne man am besten, findet sie, wenn man sich unterhalte. „Wir brauchen“, sagt sie und sucht nach dem richtigen Wort, „wir brauchen Kontakt mit Deutschen.“

#### Immer wieder Fremdbestimmung

Dass sie und Belal mit einem Journalisten sprechen, noch dazu über Notlagen, ist alles andere als selbstverständlich. Hetav Tek, politische Geschäftsführerin des Kurdistan Kultur- und Hilfsvereins e. V., hat unter den Kursteilnehmenden lange suchen müssen. „Die meisten schämen sich“, sagt sie. „Und sie haben Angst, wenn sie etwas sagen, könnte das Jobcenter das Geld kürzen.“ Ihre Beobachtung: Im früheren Leben in Lohn und Brot, oft in guten Jobs, leiden die Menschen jetzt auch, weil sie so fremdbestimmt sind. Wo sie leben, darüber verfügt ein Amt. Welche Wohnung sie beziehen, können sie, da überwiegend ALG-II-Empfänger, Ein-Euro-Jobber oder Aufstocker, nicht selbst entscheiden. Wenn die Bürokratie es ihnen leichter mache, ist sich Hetav Tek sicher, könnten mehr als 80 Prozent der Kursteilnehmenden für sich selbst sorgen. Die politische Geschäftsführerin weiß, die Möglichkeiten des Vereins sind begrenzt: „Wenn der Staat versagt, kön-



Wer arm ist, wohnt oft auch in belasteten Gebieten mit viel Lärm und Abgasen.

nen wir das als Nichtregierungsorganisation und Bildungsträger nicht ausgleichen.“ Dennoch wird getan, was geht: Die Kopie eines amtlichen Dokuments, die genaue Erklärung des Anfahrtsweges zu einer entfernteren Behörde, dies und vieles andere sei für den Verein eine Kleinigkeit, aber für die Menschen eine große Hilfe. Und Nana, die Sprachlehrerin, sagt noch, hörbar besorgt: „Ich versuche jeden Tag, sie zu motivieren, ihnen Mut zu machen – damit sie nicht ganz frustriert sind.“

Text und Fotos: Bernd Schüler

Kurdistan Kultur- und Hilfsverein e.V.  
Tel.: 030/68977547  
E-Mail office@kqh-ev.de  
www.kqh-ev.de

Anzeige



Einzigartig vielfältig.

**Die KongressMesse**  
für den Sozialmarkt

**ConSozial 2016**  
Soziale  
Marktwirtschaft 4.0



Bayerisches Staatsministerium für  
Arbeit und Soziales, Familie und Integration

Erleben Sie die einzigartige Vielfalt der ConSozial auf [www.consozial.de](http://www.consozial.de)

Einmalige Chance 2016  
**15€-Gutschein**  
sichern

[www.consozial.de/d72p](http://www.consozial.de/d72p)  
eingeben oder  
Code einscannen



**26. – 27. Oktober** NürnbergMesse

# Das H-Team sichert den Zugang zum Rechtsstaat auch für arme Menschen

Guter Rat ist teuer? Nicht beim Münchner Verein „H-TEAM e. V. hilft Bürgern in Not“. Seit 2010 gibt es dort unentgeltlich Rechtsberatung: drei Rechtsanwälte und zwei Rechtsanwältinnen beraten mittellose Münchner und Münchnerinnen ehrenamtlich. Ihre fachlichen Schwerpunkte entsprechen den Rechtsgebieten, die am häufigsten nachgefragt werden: Sozial-, Zivil-, Miet- und Arbeitsrecht.

Gerade einmal zehn Minuten sprach Tatjana Franke mit Rechtsanwalt Michael Dligatch – und war gleich so erleichtert. Jetzt wusste die chronisch kranke Frau, wie sie mit ihrem Antrag auf Erwerbsminderungsrente und einem möglichem Nebenverdienst weiter verfahren konnte. Wie Tatjana Franke geht es auch anderen Menschen, die an diesem Morgen die kostenlose Rechtsberatung des Münchner Vereins H-TEAM aufsuchen. Da ist zum Beispiel die Mutter, die aufgrund eines Anschreibens fürchtet, zu Unterhaltszahlungen an ihre studierende Tochter verpflichtet zu werden – und dabei selbst kaum weiß, wovon sie leben soll. Rechtsanwalt Dligatch kann sie beruhigen. Das Amt für Ausbildungsförderung („BAföG-Amt“) ist vor der Bewilligung verpflichtet, den Bedarf abzuklären. Daher hatte die Mutter Post bekommen. Ob tatsächlich eine Zahlungsverpflichtung besteht, muss zwar noch in einem zweiten Schritt geklärt werden. Doch da die Frau selber bedürftig ist,

bestehen gute Chancen, dass sie keine Zahlungen zu erbringen hat. „Viele kommen zu uns, weil sie Anschreiben von Behörden, Firmen oder Gesellschaften nicht verstehen“, erklärt Michael Dligatch. Meist könnten diese Fälle innerhalb einer Beratung abgeklärt werden. Mal reiche ein Anruf des Rechtsanwalts, mal die Erklärung der Rechtslage, mal ein Schreiben.

## Vermittlung an andere Hilfsangebote

Oft schreiben die Rechtsanwälte und -anwältinnen für die Mandanten und Mandantinnen Briefe, die diese dann versenden, wie an diesem Morgen für eine gesetzliche Betreuerin. Der Mann, für den sie zuständig ist, hatte einen Handyvertrag abgeschlossen – ohne die Folgekosten absehen zu können. Betreute Personen sind zwar nur in seltenen Fällen geschäftsunfähig. Doch auf diesen Betreuten traf das zu. Der Vertrag war damit unwirksam, die Klärung nur eine Formalie. Ein großer Teil der Anfragen ist während der Beratung zu lösen. Sie dient

auch nur zur außergerichtlichen Klärung. Braucht es mehr, wird Hilfe vermittelt: etwa an einen Rechtsanwalt, der die Vertretung vor Gericht übernimmt, oder an andere Hilfsangebote – auch des H-TEAMS, die von der Schuldnerberatung über diverse ambulante Alltagshilfen bis zum neuen Projekt „Türöffner“ reichen, einer tiergestützten Pädagogik mit Hunden. Eventuell wird die Schuldnerberatung die nächste Anlaufstelle für eine geschiedene Klientin. Ihr musste Rechtsanwalt Dligatch heute Morgen sagen, dass sie für die Schulden ihres Ex-Mannes, die sie während der Ehe vertraglich übernommen hatte, leider weiter einzustehen hat. „Ich kann die Rechtslagen nie ändern, nur erklären“, meint der 32-Jährige fast entschuldigend.

## Durch Krankheit kein Geld mehr für Versicherungsbeiträge

Manchmal bleibt den Rechtsanwälten nur, verbleibende Möglichkeiten aufzuzeigen, etwa im Falle eines privat

Krankenversicherten, der durch eine Erkrankung sein hohes Einkommen eingebüßt hatte und nun nicht mehr wusste, wovon er seine Krankenversicherung bezahlen sollte. Ein privat Krankenversicherter in der Rechtsberatung für Mittellose? Das erstaunt Rechtsanwalt Dligatch nicht oder besser: nicht mehr. Denn hier lernte er, dass Menschen sehr rasch mittellos werden können. In den Beratungsstunden ist die ganze Vielfalt der Münchner Bevölkerung vertreten: alle Altersklassen ab 18 Jahren, alle Schichten, alle Nationalitäten.

#### Rechtlicher Rat in strittigen Fragen

Für Menschen, denen das Geld fehlt, um sich qualifizierten Rat in strittigen Rechtsfragen holen zu können, wolle er den Zugang zum Rechtsstaat sicherstellen, erklärt Michael Dligatch. Darum ist der 32-Jährige bereit, neben dem Aufbau seiner eigenen Kanzlei und Lehrtätigkeiten an zwei Münch-

ner Hochschulen auch noch ehrenamtlich für das Münchner H-TEAM zu arbeiten. „Ich bekomme hier auch etwas gratis: nämlich Lebenserfahrung“, fügt er hinzu.

Das H-TEAM ist nicht die einzige Stelle, die in München unentgeltliche Rechtsberatung für nachweislich Bedürftige anbietet. Das tun zum Beispiel auch der Münchner Anwaltsverein, das Sozialreferat der Landeshauptstadt München, andere Wohlfahrtsverbände und das Studentenhilfswerk. Doch offensichtlich braucht es jedes dieser Angebote, um den hohen Bedarf zu decken. Seit Gründung der Rechtsberatung im Jahr 2010 kamen bereits über 2.300 Münchner und Münchnerinnen zum H-TEAM: über eigene Internetrecherche, durch Vermittlung von Behörden oder Wohlfahrtsverbänden.

Der Münchner Rechtsanwalt Georg Kocks hat die wachsende Nachfrage beobachtet und dem H-TEAM den Aufbau einer Rechtsberatung empfoh-

len. Fünf Jahre lang baute er das Angebot mit einem Team aus ehrenamtlich tätigen Rechtsanwälten zur heutigen Größe aus. Vergangenes Jahr entschied die Landeshauptstadt München, die Rechtsberatung des H-TEAMS in ihre Regelförderung aufzunehmen. „Damit ist ein Teil der laufenden Kosten, etwa für Miete, gedeckt“, erklärt Torsten Sowa, Pressesprecher des H-TEAMS, „Trotzdem bleibt ein größerer vierstelliger Betrag, für den wir Spenden brauchen.“

Text und Foto: Gisela Haberer

H-Team e.V. hilft Bürgern in Not

Torsten Sowa  
Plinganserstr. 19  
81369 München  
Tel.: 089/747 36 20

E-Mail: [info@h-team-ev.de](mailto:info@h-team-ev.de)  
[www.h-team-ev.de](http://www.h-team-ev.de)

Rechtsanwalt Michael Dligatch engagiert sich neben dem Aufbau seiner eigenen Kanzlei und Lehrtätigkeit an der Uni ehrenamtlich als Berater im Münchner H-Team



# Wachsende Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt

Der Paritätische zieht in seinem Jahresgutachten zur sozialen Lage eine alarmierende Bilanz

**T**rotz anhaltend guter Wirtschaftsentwicklung verharrt die Armut in Deutschland auf einem hohen Niveau. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen stagniert bei einer Million und die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen droht noch größer zu werden.

„Die wachsende Ungleichheit in Deutschland ist nicht nur Wachstumsbremse und Wohlstandsrisiko, sie ist auch ein Gerechtigkeitsproblem und wird immer mehr zur echten Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“, warnte Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, bei der Vorstellung des Paritätischen Jahresgutachtens zur sozialen Lage in Deutschland. Die soziale Unsicherheit vieler sei zugleich auch Nährboden für rechtsextremistische und rassistische Bewegungen, ist Rosenbrock überzeugt.

Der Verband kritisiert in seinem Gutachten die fortschreitende Erosion der sozialen Sicherungssysteme, die das Ergebnis falscher politischer Weichenstellungen sei. So hätten beispielsweise nur noch rund ein Drittel der Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung, zwei Drittel seien auf Hartz IV oder das Einkommen des Partners beziehungsweise der Part-

nerin oder anderer Familienangehöriger angewiesen. „Eine Versicherung, die im Versicherungsfall nur jedes dritte Mal greift, droht ihre Legitimation zu verlieren“, mahnte Verbandsvorsitzender Rolf Rosenbrock. Der Paritätische hält es für erforderlich, die Regelungen bei der Anwartschaftszeit für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld an die neuen Realitäten des Arbeitsmarkts anzupassen und entsprechend zu lockern. Zudem müsse zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit die öffentlich geförderte Beschäftigung ausgebaut werden. Darüber hinaus sei eine bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze in Hartz IV von 404 auf mindestens 491 Euro erforderlich.

## Durchgreifende Rentenreform nötig

Auch bei der Alterssicherung seien dringende Reformen nötig, betonte Dr. Joachim Rock, Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa beim Paritätischen Gesamtverband und Autor des Jahresgutachtens. Das Drei-Säulen-System der Alterssicherung sei in seiner bisherigen Form gescheitert. Denn: Bereits 2014 bezog jeder zweite Rentner eine Rente, die unter 750 Euro lag. Der durchschnittliche Grundsicherungsbetrag lag bei 769 Euro, sodass die durchschnittliche Rente schon heute unterhalb des durchschnittlichen Grundsicherungsbedarfs liegt. Dieser „Sinkflug“ des Rentenniveaus werde sich weiter fortsetzen. Und weder Riester-Rente noch Betriebsrente als zweite beziehungsweise dritte Säule neben der Gesetzlichen Rentenversicherung seien geeignet, ihn zu kompensieren. Die Bundesregierung gehe deshalb selbst von einem deutlichen Anwachsen der Altersarmut aus. Schon jetzt seien rund 6,51 Milliarden Euro für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorgesehen. Für 2020 rechnet die

Bundesregierung mit einem Anstieg der Ausgaben auf 8,81 Milliarden Euro.

Der Paritätische fordert zur Bekämpfung der Altersarmut eine durchgreifende Rentenreform: Das Rentenniveau sei wieder auf 53 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns anzuheben und zu stabilisieren, die staatliche Förderung der Riester-Rente und Entgeltumwandlung einzustellen und die Altersgrundsicherung armutsfest auszugestalten. Angekündigte Reformschritte wie die Stärkung der Betriebsrenten und die Einführung einer solidarischen Lebensleistungsrente seien nicht geeignet, der wachsenden Armutsgefährdung im Alter entgegenzuwirken. Die Einführung des Mindestlohns sei ein wichtiger, begrüßenswerter Schritt gewesen, um Altersarmut wirksam zu verhindern müsse er aber auf über elf Euro angehoben werden, betonte Verbandsvorsitzender Rosenbrock. „Wir brauchen eine neue, auf soziale Integration und Teilhabe gerichtete Politik“, sagt er. Dazu zählt der Verband auch die Bekämpfung der Kinderarmut, einen Rechtsanspruch auf Bildung und Teilhabe, um alle Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklung optimal zu fördern, und eine schnellstmögliche Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen.



Professor Dr. Rolf Rosenbrock und Dr. Joachim Rock (l.) bei der öffentlichen Präsentation des Jahresgutachtens

► Der Paritätische Gesamtverband hat zum dritten Mal sein Gutachten zur sozialen Lage in Deutschland als Korrektiv zur einseitigen ökonomischen Betrachtung vorgelegt. Das Gutachten mit dem Titel „Ungleichheit: Ausmaß, Ursachen und Konsequenzen“ finden Interessierte zum Download auf der Homepage [www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de) im Pressebereich unter dem Datum vom 24. Mai 2016.



Diskutierten über das neue Präventionsgesetz (von links): Rolf Rosenbrock und Jens Kaffenberger, Heidrun Thaiss, Gernot Kiefer und Olaf Liebig Fotos: Gabriele Sauerermann

## Gesundheitsförderung muss in den Lebenswelten der Menschen gestaltet werden

Knapp ein Jahr nach der Verabschiedung des Präventionsgesetzes im Sommer 2015 hat der Paritätische Gesamtverband mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Praxis eine erste Zwischenbilanz zur Umsetzung des Gesetzes gezogen. Bei einer zweitägigen Fachveranstaltung in Berlin wurde über Chancen, Herausforderungen und Grenzen des Gesetzes diskutiert und über weitere Perspektiven und Handlungsnotwendigkeiten für nachhaltige Gesundheitsförderung und Prävention beraten.

Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands und engagierter Streiter für das Präventionsgesetz, betonte zum Auftakt der Konferenz, mit dem Präventionsgesetz ziehe die Philosophie der Ottawa Charta der Weltgesundheitsorganisation von 1986 in die Praxis ein. Das Gesetz sei ein echter Meilenstein auf dem Weg, in den Lebenswelten der Menschen wie etwa Kindertagesstätte, Schule, Pflegeheim oder Betrieb die Gesundheitsbelastungen zu senken und die Gesundheitsressourcen zu stärken. Es werde aber ganz entscheidend darauf ankommen, wie das Gesetz in den nächsten Jahren konkret ausgestaltet werde. Ganz wesentlich sei die Partizipation der betroffenen Menschen. Es sei ein großer Unterschied, ob man von „Gesundheitsförderung im Setting“ spreche oder von einem „gesundheitsförderlichen Setting“, an dessen Gestaltung die Menschen beteiligt werden müssten, sei es im Betrieb oder

im Stadtteil. Das stelle die Vielzahl der Akteure vor große Herausforderungen: die Sozialversicherungsträger wie etwa die Gesetzliche Krankenversicherung ebenso wie die Kommunen. In einer wichtigen Funktion sieht Rosenbrock die Gemeinwesenarbeit. Der Sozialraum habe nicht nur beim Präventionsgesetz eine bedeutende Rolle, sondern bei einer ganzen Reihe weiterer gesetzlicher Neuerungen: so etwa beim Pflegestärkungsgesetz III, dem künftigen neuen Budgetsystem in der psychiatrischen Versorgung im Hinblick auf die Behandlung im häuslichen Umfeld und auch bei der Integration von Flüchtlingen. Mit Dr. Heidrun Thaiss, der Leiterin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Gernot Kiefer (Vorstand des Spitzenverbands der Gesetzlichen Krankenkassen) sowie mit Olaf Liebig (Referatsleiter im Bundesgesundheitsministerium) und Jens Kaffenberger (Geschäftsführer des Sozialverbands VdK) diskutierten Rosenbrock und die

Teilnehmer der Fachtagung unter Moderation von Thomas Altgeld (Geschäftsführer der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen) über wichtige Fragen der Umsetzung des Gesetzes und Notwendigkeiten der Kooperation zwischen der BZgA, den Kassen und den Akteuren vor Ort. Dabei betonte beispielsweise Jens Kaffenberger, dass aus Sicht des VdK die Perspektive älterer Menschen stärker Beachtung finden müsse. Die Leiterin der Landesvertretung des Verbandes der Ersatzkassen Hamburg, Kathrin Herbst, sowie der Geschäftsführer der Landesvereinigung für Gesundheit aus Berlin, Stefan Pospiech, beleuchteten die Umsetzungsaktivitäten auf Landesebene. In Workshops wurden zudem Beispiele guter Praxis aus den Lebenswelten Kita, Schule, Stadtteil/Quartier und Pflegeeinrichtungen vorgestellt.

Die Vorträge der Fachtagung stehen auf [www.der-paritaetische.de/gtd/dokumentation-praeventionskongress-2016/](http://www.der-paritaetische.de/gtd/dokumentation-praeventionskongress-2016/)

# Aktionen für ein Bundesteilhabegesetz, das diesen Namen wirklich verdient

Der Paritätische, seine Mitgliedsorganisationen und die im Paritätischen engagierten Menschen mit Behinderung, Angehörigen und Ehrenamtlichen wollen ein besseres Bundesteilhabegesetz. In seiner jetzigen Form schränkt es die Rechte der Menschen mit Behinderung ein, erfüllt damit nicht die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention und bleibt weit hinter den Erwartungen zurück, die durch den umfangreichen Anhörungsprozess geweckt wurden.

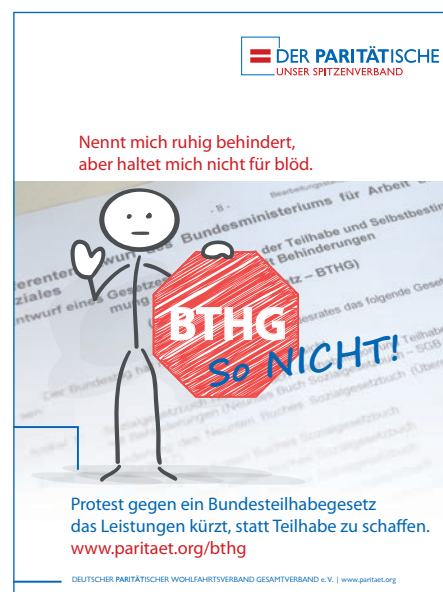
Im Internet hat der Paritätische Gesamtverband eine Protestseite geschaltet, auf der neben Informationen rund um das Bundesteilhabegesetz und die Kritik der Verbände und Betroffenen am Gesetzesentwurf auch jede Menge Materialien zum Download bereitgestellt sind: [www.der-paritaetische.de/bthg](http://www.der-paritaetische.de/bthg). Wer sich dem Protest anschließen möchte, findet dort Druckvorlagen für Protest-Postkarten und -Plakate, Musterbriefe an Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, an die Ministerpräsidenten und -präsidentinnen, Bundestags- und Kreistagsabgeordneten sowie Landräte. Darüber hinaus gibt es auch eine Funktion, um eine Protest-E-Mail zu generieren. Darüber

hinaus gibt es auch eine Übersicht über Aktivitäten des Paritätischen vor Ort.

## Brief an Bundesarbeitsministerin Nahles

Die Pläne der Bundesregierung für das Bundesteilhabegesetz zielen in erster Linie auf Kostenbegrenzung, nicht aber auf die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung, kritisierte der Paritätische Gesamtverband in einem Brief an Bundessozialministerin Andrea Nahles. Er appellierte an die Bundessozialministerin, die zahlreichen Hinweise aus Betroffenen-, Fach- und Wohlfahrtsverbänden ernst zu nehmen.

[->> weiter auf der nächsten Seite](#)



## Beispiel für einen Musterbrief

Sehr geehrte/r... nach jahrelangen Vorarbeiten hat jetzt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Referentenentwurf für ein Bundesteilhabegesetz vorgelegt. In dieses Gesetz haben Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände große Hoffnungen gesetzt. Der jetzt vorliegende Referentenentwurf aber hat zu großen Enttäuschungen geführt. Insbesondere der Zeitdruck, unter dem das Gesetz jetzt umgesetzt werden soll, macht uns große Sorgen, denn viele Aspekte des neuen Gesetzes sind in ihren Auswirkungen auf die Menschen nicht klar. Nur einzelne Neuregelungen ver-

bessern die Lage behinderter Menschen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Dem gegenüber stehen Regelungen, die die Rechtsposition behinderter Menschen erheblich verschlechtern und die notwendigen Unterstützungsleistungen begrenzen werden. Aus unserer Sicht darf ein so wichtiges Gesetz, das weitreichend in die Rechte behinderter Menschen eingreift und die Leistungsangebote für die Betroffenen wesentlich verändern wird, nicht ohne ausführliche Beratung und Beteiligung im „Hauruck-Verfahren“ durchgezogen werden. Wir regen deshalb an, die geplante Re-

form in zwei Schritten umzusetzen: In einem ersten Schritt könnten noch in dieser Legislaturperiode die positiven Ansätze im Gesetzesentwurf wie die Elternassistenz, das Budget für Arbeit, die Stärkung der Schwerbehindertenvertretung in Betrieben sowie die Mitwirkungsmöglichkeiten in der Werkstatt für behinderte Menschen kurzfristig innerhalb der jetzigen Gesetzessystematik des SGB IX geregelt werden. Angesichts der großen Komplexität der rechtlichen Fragen sollte die grundlegende Reform aber erst in einem zweiten Schritt in der kom-

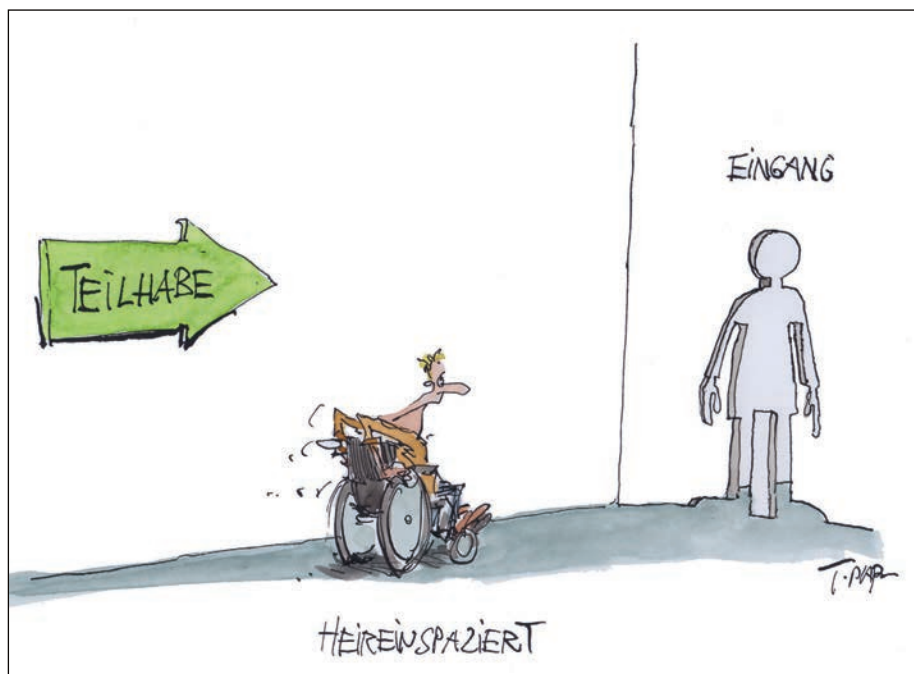
Der vorliegende Gesetzentwurf verstößt aus Sicht der Paritätischen und vieler anderer Verbände gegen die rechtsverbindlichen Vorgaben der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen und schafft kaum spürbare Verbesserungen für Menschen mit Behinderung. Im Gegenteil: "Wir sehen die deutliche Gefahr, dass mit diesem Gesetz die fachlichen Ziele der Eingliederungshilfe und bereits erreichte Standards abgebaut werden", so Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

#### Eher ein Kostenbegrenzungsgesetz

Bestehende Rechte von Menschen mit Behinderung würden eingeschränkt statt ausgebaut, der Zugang zu Leistungen der Eingliederungshilfe werde für viele Personen erschwert. Verschlechterungen drohten insbesondere für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf. „Kosteneinsparungen und die Verwertbarkeit von Arbeitsleistung stehen im Vordergrund, nicht aber die Selbstbestimmung und Bürgerrechte von Menschen mit Behinderung. Hier wird offenbar in erster Linie ein Kostenbegrenzungsgesetz und weniger ein Inklusionsgesetz im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention auf den Weg gebracht“, so Schneider. Deshalb müsse ganz deutlich nachgebessert werden.

menden Legislaturperiode vorgenommen werden.

Sehr geehrte/r ..., mit dem Gesetz wird tiefgreifend in die Lebenswirklichkeit behinderter Menschen und ihrer Familien eingegriffen. Die Menschen erwarten, dass sich ein entsprechendes Gesetz nicht nur in den Überschriften, sondern auch in den einzelnen Regelungen an den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention orientiert. Wir bitten Sie herzlich, in diesem Sinne auf das Gesetzesverfahren Einfluss zu nehmen! Eine zusammenfassende Stellungnahme des Paritätischen ist diesem Schreiben beigefügt. Eine ausführliche Stellungnahme stellen wir Ihnen gerne zur Verfügung.



## „Eher Ausgrenzung als Integration“

Der Paritätische hat anlässlich einer Anhörung im Deutschen Bundestag, an der Verbandsvorsitzender Professor Dr. Rolf Rosenbrock als Sachverständiger teilnahm, seine kritische Haltung zum Entwurf des Integrationsgesetzes unterstrichen. Die geplanten Sanktionsmöglichkeiten und Gesetzesverschärfungen vermittelten fälschlicherweise den Eindruck, es fehle an der Integrations- und Mitwirkungsbereitschaft der Geflüchteten. Das Kernproblem sei jedoch, dass es an ausreichenden Integrationsangeboten fehle. Wesentliche Kritikpunkte am Gesetzesentwurf sind:

Die geplanten Sanktionen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes verstößen gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Die geplanten Wohnsitzzuweisungen sind nicht geeignet, eine nachhaltige Integration sicherzustellen. Die Verschärfungen beim Erwerb einer Niederlassungserlaubnis sind zudem eher als integrationsschädigend anzusehen. Die geplante Neuregelung der Unzulässigkeit von Asylanträgen (Paragraf 29

des Asylberleistungsgesetzes) könnte das Recht auf Asyl in Deutschland einschränken. Die Erleichterung von Abschiebungen in aufnahmebereite Drittstaaten ohne inhaltliche Prüfung des Flüchtlingsschutzes und die damit einhergehende Auslagerung des Flüchtlingsschutzes in Länder, die nicht die Standards der Genfer Flüchtlingskonvention erfüllen, lehnt der Paritätische ab. Der Verband fordert zudem: Flüchtlinge sollten unabhängig von Herkunftsland und Unterbringung einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt drei Monate nach ihrer Meldung als Asylsuchende erhalten.

Bereits vor der Anhörung hatten der Paritätische, Pro Asyl und der Rat für Migration, ein bundesweiter Zusammenschluss von über 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, in einem gemeinsamen Brandbrief die Bundesregierung aufgefordert, von zentralen Regelungen im geplanten „Integrationsgesetz“ Abstand zu nehmen. Die Umsetzung der geplanten Maßnahmen trüge eher zur Ausgrenzung als zur Integration bei.

kurz gemeldet – kurz gemeldet – kurz gemeldet – kurz gemeldet



**Verena Bentele** (rechts), Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung, unterstützt das Paritätische Projekt „Inklusion psychisch kranker Menschen bewegen“. Sie nahm jüngst an einer Sitzung des Projektbeirats teil.

Mit dem Pilotprojekt „Inklusion psychisch kranker Menschen bewegen“ verfolgt der Paritätische Gesamtverband das Ziel, wegweisende Impulse zur Inklusion psychisch kranker Menschen im Bereich Wohnen zu geben. Dies geschieht im Dialog und in Abstimmung mit den ihm angeschlossenen Selbsthilfeorganisationen, den überregionalen Fachverbänden und den Paritätischen Landesverbänden. Auf lokaler Ebene wird das Projektvorhaben an vier Modellstandorten umgesetzt. Nähere Informationen gibt es auf [www.der-paritaetische.de/inklusion/projekt-inklusion/](http://www.der-paritaetische.de/inklusion/projekt-inklusion/) (Siehe auch den Veranstaltungshinweis auf der Seite 33: „Wohnen mit Aussicht“.)



**Im Rahmen** der Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) trafen sich die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege mit ihrem Präsidenten Prof. Dr. Rolf Rosenbrock im Juni in Brüssel mit EU-Parlamentspräsident Martin Schulz und EU-Kommissar Günther Oettinger. Inhalte der Gespräche waren die europäische Migrationspolitik sowie Erwartungen und Aufgaben der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland und Europa.

\*

**Bei einem Gespräch** mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundtagsfraktion, Michael Grosse-Brömer (unteres Foto, links),

hat Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, deutlich gemacht: Bei allen nötigen Veränderungen, die am Pflegeberufegesetz noch erforderlich sind, sollte es im Interesse aller Beteiligten sein, dass das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird.

Die Reform der Pflegeausbildung sei eine große Chance, um die Attraktivität des Altenpflegeberufs zu steigern, so Schneider. Bei der Ausgestaltung der geplanten generalistischen Pflegeausbildung im Detail sei jedoch darauf zu achten, dass die Kompetenzen der Altenpflege angemessen berücksichtigt werden. Pflegeeinrichtungen und Schulträger müssten ausreichend Zeit bekommen, um sich auf die Umstellung vorzubereiten. Zur Finanzierung der Pflegeausbildung fordert der Verband eine gesamtgesellschaftliche Lösung.



## Broschüre: Besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen richtig helfen

**D**ie Betreuung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten stellt in der Flüchtlingshilfe eine große Herausforderung dar. Auch Flüchtlinge mit LSBTTI\*-Hintergrund sind, wie etwa schwangere Frauen, Menschen mit Behinderung, Opfer des Menschenhandels und unbegleitete Minderjährige, als besonders schutzbedürftige Flüchtlinge anzusehen.

\*LSBTTI steht als Abkürzung für Lesben, Schwule, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle Frauen

Zu diesem Thema ist nun die bundesweite Ausgabe der „Handreichung für die Betreuung und Unterstützung von LSBTTI\*-Flüchtlingen“ erschienen, herausgegeben vom Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), dem Lesben und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) und dem Paritätischen Gesamtverband mit Unterstützung der Hirschfeld-Eddy-Stiftung.

### Handlungsempfehlungen

Die 44-seitige Broschüre gibt in übersichtlicher Form eine Einführung in

das Thema, wichtige Handlungsempfehlungen und nennt mit LSBTTI-Thematik befasste Beratungsstellen in Deutschland. Zudem werden grundlegende Informationen zu Asylrechtsfragen gegeben.

Gefördert wurde die Erstellung der Publikation durch die Beauftragung der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Interessierte Personen und Organisationen können sich die Broschüre unter folgendem Link herunterladen: [www.der-paritaetische.de/download/lbsbti](http://www.der-paritaetische.de/download/lbsbti)



Zahlreiche Engagierte kamen auch aus der Hauptgeschäftsstelle des Paritätischen Gesamtverbands. Zweiter von Links: Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider. Fotos: Janina Trebing Ruben Neugebauer/Campact



## Hand in Hand gegen Rassismus und für Menschenrechte



Barbara John, Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Berlin: Jeder Einzelne kann sich für ein friedfertiges Zusammenleben einsetzen

**H**and in Hand setzten am 18. und 19. Juni mehr als 40.000 Menschen ein starkes Signal gegen Rassismus und für ein weltoffenes und vielfältiges Deutschland. In Berlin, Bochum, Hamburg, Leipzig und München sowie 16 weiteren Städten verbanden die

Demonstranten und Demonstrantinnen mit kilometerlangen Menschenketten kirchliche und soziale Einrichtungen, Flüchtlingsunterkünfte, Kulturstätten und Rathäuser.

Zum Trägerkreis des Bündnisses gehörten unter anderem der Paritätische Ge-

samtverband, Campact, Pro Asyl, Deutscher Gewerkschaftsbund, der Lesben- und Schwulenverband Deutschlands und der Zentralrat der Muslime in Deutschland. Weitere Informationen und Fotos:

► [www.hand-in-hand-gegen-rassismus.de](http://www.hand-in-hand-gegen-rassismus.de)

Bei der Vollversammlung des Forums der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen (FdM) wurde der neue Sprecherkreis gewählt. Er besteht nun aus fünf Mitgliedern mit einer Doppelspitze. An diese wurden gewählt: Kenan Küçük (IMAZ e.V. und Forum Multikulti GmbH, links im Bild) und Maria Oikonomidou (Verband für Interkulturelle Arbeit Regionalverband Berlin-Brandenburg e.V., Zweite von rechts).

Ferner gehören dem Sprecherkreis an: Zsuzsanna Dobos de Prada (MigraMundi e.V., Zweite von links) und Dang Chau Lam (Vietnam-Zentrum Hannover e.V., Dritter von links) sowie Hassan Yacoubou, VMDO e.V. (rechts).

Foto: Sergio Andrés Cortés Núñez



## Mitgliedschaft, die sich lohnt

**Günstige Konditionen und eine einfache Abwicklung beim Einkauf ermöglichen mehr als 160 Rahmenvertragspartner den Mitgliedern des Paritätischen. Lesen Sie hier, wer in jüngster Zeit neu hinzugekommen ist.**

**Soluzione Lernwelt & AutoPilot** für die komplette Microsoft-Produktfamilie steht jedem Anwender/jeder Anwenderin dauerhaft als schnelle Hilfe zur Selbsthilfe zur Verfügung. Direkt in die Microsoft-Anwendung integriert ist die Software intuitiv zu bedienen und eignet sich für Standard-Anwender und Fortgeschrittene gleichermaßen. Soluzione unterstützt bei Neueinführung sowie beim Umstieg auf neue Versionen und ist erhältlich für Office, Windows, Skype for Business, OneNote und SharePoint. Mitglieder erhalten bis zu 60 Prozent Rabatt. Ehrenamtliche Mitarbeiter können, bei Vertragsabschluss ihrer Einrichtung, die Software kostenlos nutzen.

\*

**Die Steuerberatungsgesellschaft Koppermann Rohmann + Kollegen GmbH** hat eine anerkannte Expertise in der Beratung von Alten- und Pflegeeinrichtungen, Behindertenwerkstätten und Bildungseinrichtungen. Ob Träger und Einrichtungen den Full-Service wünschen, einen Teilbereich ihrer Buchhaltung outsourcen oder eine einzelne steuerliche Frage geklärt haben wollen: Die Koppermann Rohmann + Kollegen GmbH bietet maßgeschneiderte, individuelle Lösungen.

\*

**Mangar International** ist im Bereich aufblasbarer Bade- und Mobilitätshilfen ein weltweit führendes Unternehmen. Die Notfall-Hebekissen erlauben es einer Pflegefachkraft, eine gestürzte Person alleine in eine aufrechte Position zu bringen. So wird hilfsbedürftigen Menschen ermöglicht, unabhängig und würdevoll ihren Alltag zu gestalten, bei Pflegekräften können Rückenprobleme und Verletzungsrisiken vermieden werden. Mitglieder erhalten einen

Sonderrabatt von 40 Prozent auf die unverbindliche Preisempfehlung. Mitglieder des Paritätischen als Privatpersonen erhalten einen Nachlass von zehn Prozent.

\*

Wenn das Auto dazu dient, um pünktlich bei pflegebedürftigen Menschen zu sein oder Menschenleben zu retten, ist durchgängige Mobilität besonders wichtig. Damit dies auch bei einem Steinschlag oder Riss gewährleistet ist, dafür sorgt der **Fahrzeugglas-Spezialist Carglass**. Mitglieder erhalten speziell zugeschnittene Serviceleistungen sowie ein effizientes und kostensparendes Flottenmanagement. Anstelle eines Einheitsrabattes wird das passende Rabattmodell anhand einer Fuhrpark- und Glasschaden-Analyse ermittelt. Vorteile: kostenloser Leihwagen im Falle eines Scheibenaustausches, Vor-Ort-Service, Repair-First-Strategie (zuerst wird die Möglichkeit einer Reparatur geprüft).

\*

Der Paritätische unterstützt seine Mitglieder bei der Bewerbersuche mit einer neuen Online-Jobbörse. Die Sichtbarkeit ihrer Stellenanzeigen kann dadurch deutlich gesteigert werden. Mit Connectoor, dem Veröffentlichungssystem unseres neuen Partners **jobEconomy**, können Mitglieder ihre Anzeige auf ihrer Homepage, ihrem Netzwerk und auf Facebook veröffentlichen – ebenfalls ist eine Veröffentlichung auf bekannten Jobbörsen (wie Monster oder Stepstone) zu vergünstigten Konditionen möglich. Welche Sonderkonditionen sie erhalten und wie sie ihre Stellenanzeige in die Jobbörse des Gesamtverbandes integrieren können, erfahren Interessierte in unserer Datenbank und unter [www.connectoor.com/pwv](http://www.connectoor.com/pwv).

\*

Durch die neue **Adobe-VIP-Rahmenvereinbarung** erhalten Mitglieder die Adobe Creative Cloud sowie Acrobat DC ab sofort günstiger. Die komplette Kreativlösung Creative Cloud for Teams

ist bereits ab 182 Euro (zuzüglich Mehrwertsteuer) pro Jahr erhältlich. Das VIP Lizenz-Abo beinhaltet das Nutzungsrecht der aktuellsten Version der Software sowie mobile Apps und nützliche Online-Dienste. Erhältlich sind die Adobe-Produkte bei unseren Vertriebspartnern **Cancom und Logiway**.



\*

Moderne Netzwerke und IT-Anforderungen werden immer komplizierter. **Sophos-Produkte** bieten Ihnen umfassenden Schutz und sind dabei einfach zu bedienen. Sophos bietet Sicherheit für Netzwerke, Endpoints und Server mit Produkten, die optimal aufeinander abgestimmt sind und reibungslos miteinander arbeiten. Bis zu 65 Prozent Rabatt erhalten Mitglieder auf maßgeschneiderte IT-Sicherheitskonzepte.

\*

Weiterführende Informationen sowie Übersichten der Sonderkonditionen und Kontaktdaten der Partner finden Mitglieder auf der Homepage des Gesamtverbandes unter [www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de) in der Rubrik Intern/Rahmenverträge. Zugangsdaten erhalten sie von ihrem zuständigen Landesverband.

Gerne informieren wir Sie mit unserem Newsletter per E-Mail über Neuigkeiten und Sonderaktionen unserer Rahmenvertragspartner. Um den Newsletter künftig zu erhalten, senden Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Newsletter abonnieren“ an [rvt@paritaet.org](mailto:rvt@paritaet.org).

**Kontakt:**

**Karsten Härle und Rebecca Neuparth**

**E-Mail: [einkauf@paritaet.org](mailto:einkauf@paritaet.org)**

**Tel: 030/24636471**

## Demonstrationen gegen TTIP und CETA am 17. September in sieben Städten

Im Herbst gehen die Auseinandersetzungen um CETA und TTIP in die heiße Phase: EU und USA drücken aufs Tempo und wollen TTIP möglichst schnell fertig verhandeln. CETA, das als Blaupause für TTIP dient, ist bereits fertig verhandelt. EU-Kommission und Bundesregierung wollen, dass das Abkommen beim EU-Kanada-Gipfel im Oktober 2016 offiziell unterzeichnet wird. Zuvor müssen sowohl der EU-Ministerrat als auch die Bundesregierung entscheiden, ob sie CETA stoppen. Als Teil eines großen Bündnisses mit Attac, Campact, Greenpeace, Deutschem Kulturrat, Mehr Demokratie, BUND, Gewerkschaften und vielen weiteren ruft der Paritätische für Samstag, 17. Septem-

ber 2016, zum Protest gegen TTIP und CETA auf. Denn CETA und TTIP können auch soziale Einrichtungen und Dienste betreffen. Es ist zu befürchten, dass im Vergleich zu Kanada und den USA höhere europäische Standards im Arbeits-, Gesundheits- und Verbraucherschutz oder Sozialstandards gesenkt oder geringere US-amerikanische und kanadische Standards als „gleichwertig“ eingestuft und akzeptiert werden. Außerdem steht die Gemeinnützigkeit auf dem Spiel. In sieben Städten soll am 17. September demonstriert werden: Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart. (Ursprünglich war dafür der 24. September vorgesehen.)

►► [www.paritaet.org/ttip](http://www.paritaet.org/ttip)

## Rehacare 2016 Ende September in Düsseldorf

Rund 950 Aussteller aus 34 Ländern präsentieren vom 28. September bis 1. Oktober auf der REHACARE Düsseldorf 2016 ihre Produkte und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung, Pflege- und Unterstützungsbedarf.

Wer sich an Diskussionen mit Expertinnen und Experten aus Selbsthilfe, Sozialwirtschaft, von Kostenträgern und Politik zu aktuellen Themen rund um Rehabilitation und Pflege beteiligen möchte, kann dies in der Messehalle 3 tun.

Nähere Informationen zum Programm gibt es im Internet auf der Seite [www.rehacare.de](http://www.rehacare.de).

## Wohnen mit Aussicht! – Aktuelle Nöte, praktische Lösungen, politische Optionen

Die Schaffung bezahlbaren und sozialverträglichen Wohnraums stellt aktuell eine große Herausforderung dar und steht im Mittelpunkt der Fachtagung des Paritätischen Gesamtverbands unter dem Titel „Wohnen mit Aussicht“. Sie findet statt am Donnerstag, 6. Oktober 2016. Dabei geht es unter anderem um folgende Fragen: Wie lässt sich die Wohnungsnot kurzfristig bekämpfen? Welche Konzepte sind bereits vorhanden? Welche Mittel stehen zur Verfügung? Wer kann welchen Beitrag dazu leisten und welche Rolle können Politik beziehungsweise die freien Träger dabei spielen?

Der praxisorientierte, fachübergreifende Austausch dauert von 10 bis 17 Uhr. Veranstaltungsort ist der GLS Campus Berlin. Nähere Informationen gibt es bei Sabine Bösing, Tel.: 030/24636-453, E-Mail: [inklusion@paritaet.org](mailto:inklusion@paritaet.org) und auf [www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de) unter Veranstaltungen.

## Trauma und Alter: Erkennen, Verstehen, Beistand leisten

Wie werden traumatische Erinnerungen im Pflegealltag in der Altenhilfe sichtbar und wie geht man mit ihnen um? Wie kann man Betroffene ermutigen, sich auch schmerzhaften Erinnerungen zu stellen und ihnen den Austausch mit anderen ermöglichen? Was hilft Mitarbeitenden, wenn sich Traumafolgen über Generationen hinweg auswirken? Wie lassen sich Konzepte für traumasensibles Handeln in Institutionen der Altenhilfe fördern? Um Fragen wie diese ging es beim dreijährigen Projekt „Alter und Trauma“. Bei der Abschlussstagung am Mittwoch, 14. September 2016, werden im

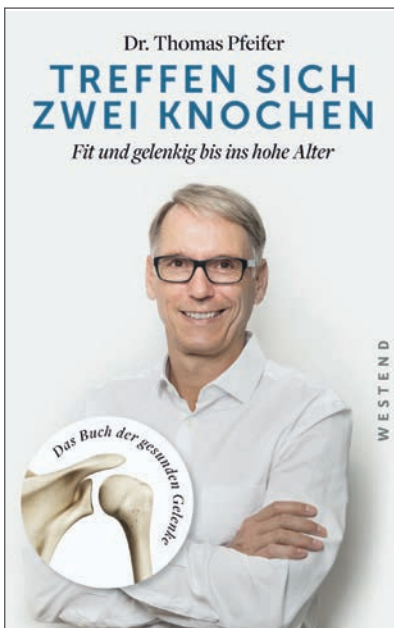
Wissenschaftspark Gelsenkirchen die Ergebnisse in Vorträgen und Workshops vorgestellt. Die Tagung bietet den Teilnehmenden so die Möglichkeit, das Wissen zu Trauma und Traumafolgen zu vertiefen, Erfahrungen zu reflektieren und traumasensibles Handeln in die eigene Praxis zu tragen. Träger des dreijährigen NRW-Verbundprojekts sind PariSozial Minden-Lübbecke/Herford, Wildwasser Bielefeld e.V., das Institut für soziale Innovationen (ISI e.V. Duisburg) sowie das Deutsche Institut für angewandte Pflegeforschung dip e.V. (Köln). ►► [www.alterundtrauma.de](http://www.alterundtrauma.de)

## Tagesgruppenarbeit vor neuen Herausforderungen

Auch Tagesgruppen als Hilfen zur Erziehung sind verstärkt mit den Themen Inklusion und Diversität konfrontiert. Diese stellen daher auch einen wichtigen Schwerpunkt der 19. Bundestagung Tagesgruppen der Gesellschaft für erzieherische Hilfen – IGFH dar. Sie findet unter dem Titel „Teilha-

be braucht Vielfalt, wir wissen, was WIR tun!“ von Donnerstag, 10., bis Samstag, 12. November 2016, in Dresden statt. Zum Programm gehören 20 praxisorientierte Workshops und viele Impulsvorträge.

Nähere Informationen gibt es auf [www.tagesgruppentagung.de](http://www.tagesgruppentagung.de).



**W**ie wertvoll es ist, sich schmerzfrei bewegen zu können, wird einem meist erst bewusst, wenn etwas weh tut. Mit fortschreitendem Alter heißt die Diagnose oft Arthrose oder Rheuma. Wie kann schmerzenden Gelenken vorgebeugt werden, was tun, wenn es schon zwickt und knackt? Der Orthopäde Dr. Thomas Pfeifer beschreibt in seinem Buch „Treffen sich zwei Knochen“, wie das Zusammenspiel von Knochen, Knorpel, Bändern und Nerven funktioniert, was getan werden kann, um Gelenke möglichst lange gesund zu halten und welche Therapieoptionen es gibt. **240 Seiten, Westend Verlag, ISBN: 978-3-86489-128-1, 14,99 Euro.**

## Jahrbuch Sucht 2016

In ihrem Jahrbuch Sucht fasst die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen die neuesten Statistiken zum Konsum von Alkohol, Tabak, Arzneimitteln sowie zu Glücksspiel zusammen. Außerdem geht es unter anderem um die Rehabilitation Suchtkranker. Zudem gibt es ein umfangreiches Adressverzeichnis deutscher und europäischer Einrichtungen im Suchtbereich. Der Bezug ist für 20 Euro möglich über: Pabst Science Publishers Eichengrund 28,49525 Lengerich Tel.: 05484/308 E-Mail: [pabst@pabst-publishers.com](mailto:pabst@pabst-publishers.com).

Ratgeber zum Thema Trauma und Trauer

## Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge in Schulen, Kindergärten und Freizeiteinrichtungen

Schätzungsweise 65.000 Flüchtlingskinder leben mit unsicherem Aufenthaltsstatus in Deutschland – Tendenz steigend. Bei der Betreuung in Schulen, Kindergärten oder stundenweise in anderen Einrichtungen sollte das Personal gut vorbereitet sein und einig über die Auswirkungen von Trauma, Trauer und das Leben in einer fremden Kultur wissen. Helfen soll dabei eine Broschüre des Zentrums für Trauma- und Konfliktmanagement (ZTK) in Köln.

Der Ratgeber eignet sich als Informationsmaterial für Schulen, Kindergärten, Tageseinrichtungen, Vereine, Ärztinnen und Ärzte sowie Ehrenamtliche, die mit Flüchtlingskindern und -jugendlichen arbeiten.

Einzel-/Ansichtsexemplare der 38-seitigen Broschüre sind zu haben gegen eine Zusendung von vier 70-Cent-Briefmarken, zehn Exemplare kosten 22 Euro. Nähere Informationen gibt es auf der Website [www-ztk-koeln.de](http://www-ztk-koeln.de) unter Broschüren und Bücher.

## Filmtipps – Filmtipps – Filmtipps

**Der Film „Inklusion – Eine Spurensuche“** beleuchtet das Thema Inklusion unter dem Dach des Paritätischen Berlin. Welche Möglichkeiten der echten Teilhabe gibt es für Menschen mit Behinderung? Wie sieht diese Teilhabe im Alltag aus? Welche Hindernisse gibt es – sowohl in der Umgebung als auch in den Köpfen der Menschen? Filmemacher Ralf Mischnick lässt in dem Film Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen zu Wort kommen und füllt den abstrakten Begriff der Inklusion mit Leben. Gezeigt wird in 40 Minuten, wie Teilhabe im Alltag auch mit kleinen Schritten realisiert werden kann, direkt vor Ort, im Kiez, in Nachbarschaftseinrichtungen oder im Sport.

„Es liegt uns am Herzen, mit dem Film viele gute Beispiele aus unseren Mitgliedsorganisationen zu präsentieren“, betont Dr. Gabriele Schlimper, Geschäftsführerin des Paritätischen Berlin. „Und natürlich gehört zur gesellschaftlichen Teilhabe auch die Präsenz des Themas und unseres Anliegens in den Medien. Deshalb wünschen wir uns, dass der Film möglichst viele Menschen erreicht und inspiriert, sich für ein echtes Miteinander einzusetzen.“ Der Film ist auf [youtube.de](http://youtube.de) zu sehen.

Gemeinsam mit geflüchteten und deutschen jungen Menschen aus Wuppertal produzieren Filmemacherinnen und Filmemacher des Medienprojekts Wuppertal **die Filmreihe „Hin und weg“**. In den Reportagen und Kurzspielfilmen geht es um Flucht, Ankunft und Integration der Geflüchteten und das Zusammenleben der einheimischen Bevölkerung mit den Geflüchteten.

Die Filme werden auch auf dem YouTube-Kanal des Medienprojektes Wuppertal veröffentlicht und erscheinen im Herbst 2016 auf DVD. Derzeit gibt es bereits sechs Filme, unter anderem „Abd Al und Malaz“. Die beiden jungen Syrer sind als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Sie erzählen, wie das Leben in Syrien bis zur Flucht war und was ihre Ziele in Deutschland sind.

Im Film „Füreinander da sein“ geht es um eine geflüchtete Familie mit drei kleinen Kindern, die in Wuppertal eine deutsche Familie gefunden hat, die sie bei der Integration unterstützt. Der Film über das selbstorganisierte Familien-Paten-Projekt zeigt, welchen Gewinn das Miteinander für beide Seiten bedeutet.

Nähere Informationen gibt es auf [www.medienprojekt-wuppertal.de](http://www.medienprojekt-wuppertal.de).

## Ungerechte Strukturen werden gemacht

### Was hindert Frauen an der Karriere?

**F**rauen haben es in Deutschland immer noch schwerer als Männer, beruflich in Führungspositionen zu kommen. Auch im sozialen Bereich. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts war 2013 nur jede dritte Führungskraft eine Frau. Bei den Vorstandsposten in den 200 umsatzstärksten Unternehmen (ohne den Finanzsektor) waren Ende 2014 sogar nur 5,4 Prozent von Frauen besetzt. Sozialwissenschaftlerin Dagmar Müller, Referentin der Fachgruppe „Familienpolitik und Familienförderung“ am Deutschen Jugendinstitut, listet im Rahmen der Schriftenreihe „Soziale Arbeit kontrovers“ des Deutschen Vereins auf, woran das liegt. Vorweg: Keinesfalls am Mangel an geeigneten Frauen für Spitzenpositionen. Es seien vorwiegend strukturelle Rahmenbedingungen, die Frauen an der Karriere hinderten, stellt Dagmar Müller fest. Und diese Strukturen werden gemacht, sind also veränderbar. Dagmar Müller zeigt mit ihrer treffenden Analyse unter dem Titel „Was hindert Frauen an der Karriere?“ auf, wo die Hebel anzusetzen sind. Ein höchst lesenswertes Büchlein, das auf 60 Seiten gut lesbar wichtige Fakten vor Augen führt und Handlungsoptionen benennt – wie etwa die Frauenquote statt der bisherigen

„heimlichen Männerquote“, das Unterbinden geschlechtsspezifischer Verzerrungen bei der Auswahl von Personal. Denn, so Dagmar Müller: Die beklagenswerte Verschwendung des volkswirtschaftlich wichtigen Potenzials gut ausgebildeter Frauen ist weder im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit noch auf ökonomische Vernunft vertretbar.

**64 Seiten, 7,50 Euro, für Mitglieder des Deutschen Vereins 6,50 Euro**  
**ISBN: 978-3-7841-27668**  
[www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de)



## Berufliche Teilhabe – so geht’s

**I**ntegrationsunternehmen, die behinderten Menschen die Betätigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglichen, haben sich inzwischen als erfolgreiche Firmen etabliert. Wie sich diese Integrationsprojekte in Deutschland entwickelt haben, welche Vielfalt an Geschäftsideen es gibt und wie sie gefördert werden, schildern Thomas Tenambergen und Martin Klein im Buch „Berufliche Teilhabe für Menschen mit Behinderungen – Integrationsprojekte in Deutschland“. Thomas Tenambergen ist Leiter der Fachgruppe „Behinderung und Reha-

bilitation“ beim Paritätischen in Nordrhein-Westfalen. Dr. Martin Klein ist Professor für Konzepte und Theorien Sozialer Arbeit an der Katholischen Hochschule NRW in Münster. Mit dem Modell des Integrationsunternehmensplans (IUP) liefert der Band zudem ein wichtiges Werkzeug für die Planung eines Integrationsprojekts. Er enthält zudem ein Verzeichnis der Fördergeber, Tipps aus der Praxis und Hinweise auf Materialien, Adressen und weiterführende Literatur.  
**164 S., 36 Euro, ISBN 978-3-17-026169-3**  
[www.kohlhammer.de](http://www.kohlhammer.de)

## impresum



**Magazin des PARITÄTISCHEN**  
 ISSN-1866-1718  
 Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110  
 Internet: [www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de)  
 E-Mail: [nachrichten@paritaet.org](mailto:nachrichten@paritaet.org)  
**Verantwortlich:** Dr. Ulrich Schneider

**Redaktion:**  
 Ulrike Bauer (UB), Tel.: 0172/6585424  
 Martin Wißkirchen, Tel.: 030/24636-311

**Verantwortlich für die Landesseiten:**  
 Brandenburg: Andreas Kaczynski,  
 Tel.: 0331/28497-0  
 Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0  
 Hessen: Günter Woltering, Tel.: 069/95526220

Mecklenburg-Vorpommern:  
 Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0  
 Sachsen: Thomas Neumann,  
 Tel.: 0351/4916654  
 Thüringen: Stefan Werner,  
 Tel.: 036202/26-231

**Titelbilder:** Bernd Kleiner, Gisela Haberer,  
 Fotolia – Ingo Bartussek, Fotolia – Gina Sanders

**Erscheinungsweise:** 6 x pro Jahr  
 Für Berichte, die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin gekennzeichnet sind, trägt diese/r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.  
 Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

**Anschrift von Herausgeber, Redaktion, Anzeigenverwaltung und Vertrieb:**

Der Paritätische – Gesamtverband e. V.,  
 Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

**Druck:** Henrich Druck + Medien GmbH,  
 Schwanheimer Straße 110,  
 60528 Frankfurt am Main





# MENSCH STATT PROFIT – SOZIALES IST NICHT VERHANDELBAR



**SA. 17. SEPT. 12 UHR IN 7 STÄDTEN**  
BERLIN, FRANKFURT, HAMBURG, KÖLN, LEIPZIG, MÜNCHEN UND STUTTGART  
FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL!



Trägerkreis:



Bilder: Dr. Ulrich Schneider, Der Paritätische Gesamtverband, Orianenburger Str. 13-14, 10178 Berlin. Bilder: Demos Berlin und Hannover; Dennis Zimmermann, Andreas Weisshof; Lovendlyn Stilling, Mike Young, Uwe Kreuzer